



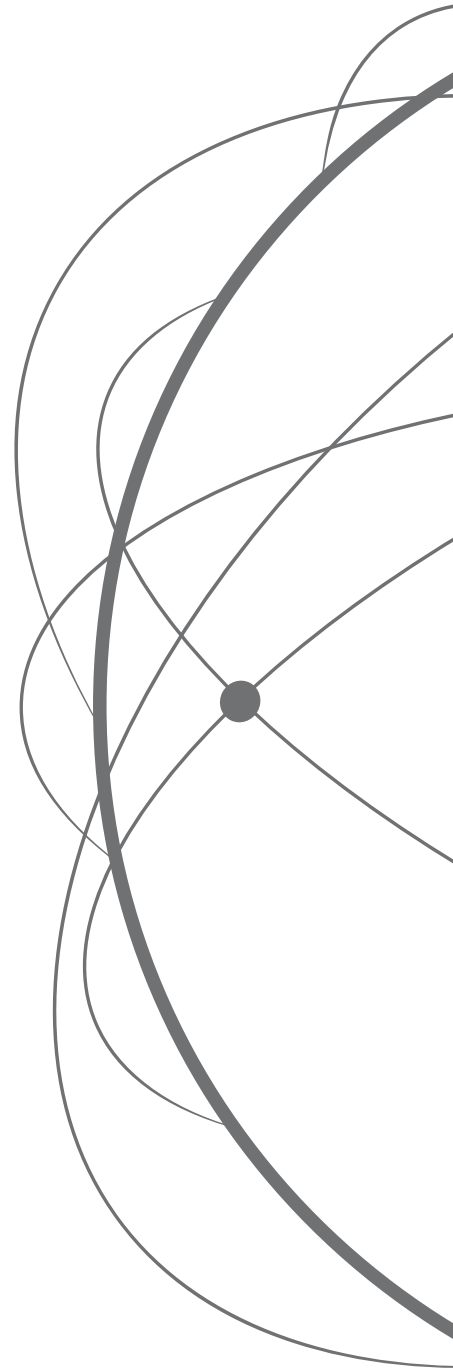
Geschäftsbericht 2012

Impressum

Medieninhaber:
Austrian Development Agency (ADA),
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien
Tel.: +43 (0)1 90399-0
Fax: +43 (0)1 90399-1290
office@ada.gv.at
www.entwicklung.at

Fotos: Zur Verfügung gestellt von der Austrian Development Agency und Partnern.
Näheres auf Anfrage: oeza.info@ada.gv.at.

Gestaltung und Produktion: Grayling Austria
Layout: design.ag, Alice Gutleiderer
Druck: AV+Astoria, 1030 Wien
Wien, Jänner 2014



Vorwort Geschäftsführerin Brigitte Öppinger-Walchshofer blickt zurück auf ein ereignisreiches Jahr.	4
Highlights 2012 Wichtige Ereignisse für die ADA im In- und Ausland	6
Die ADA auf einen Blick Informationen über die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit: vom gesetzlichen Rahmen bis zur finanziellen Basis	8
Aus dem Unternehmen Qualität, Effizienz und Kompetenz zeichnen die ADA-MitarbeiterInnen aus – dank strategischer Planung, gezielter Weiterbildung und nachhaltiger Wissensvermittlung	11
Weltweit im Einsatz Ausgewählte Programme und Projekte in Österreich und den Partnerländern	15
Zahlen und Fakten Von der Unternehmensbilanz zur Verteilung der öffentlichen Mittel nach Ländern und Sektoren	42
Abkürzungsverzeichnis	47

Vorwort



Der Geschäftsbericht 2012 der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, bietet einen kurzen Streifzug durch die wesentlichsten Ereignisse des vergangenen Jahres. Wir wollen diesmal vor allem die praktische Seite unserer täglichen Arbeit zeigen. Wo immer es möglich ist, illustrieren daher Projekte beispielhaft, welche Maßnahmen wir und unsere Partner in den Entwicklungsländern und in Österreich umsetzen, welche Ziele wir damit verfolgen und welche Ergebnisse wir erreicht haben.

2012 stand nach wie vor im Zeichen der Konsolidierung. Die auslaufenden Programme in Nicaragua, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien können in absehbarer Zeit zur Gänze abgeschlossen werden.

Trotz der schwierigen budgetären Rahmenbedingungen leisten wir weiterhin qualitativ hochwertige Programmarbeit, die bei unseren Partnern und anderen Gebern gleichermaßen Anerkennung findet. Um einen Ausgleich zu schaffen und die österreichischen Aktivitäten sinnvoll zu ergänzen, haben wir uns in den letzten Jahren verstärkt um die Bündelung von Ressourcen im Rahmen delegierter Kooperationen bemüht. Mit Erfolg: 2012 konnte die ADA das siebte Abkommen für eine delegierte Kooperation mit der Europäischen Kommission abschließen. 350.000 Menschen in ländlichen Kleinstädten Ugandas werden dadurch sauberes Trinkwasser und Sanitäranlagen erhalten.

Erfreulich ist auch, dass die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) seit 2012 das Programm Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit 3 Millionen Euro unterstützt. Dadurch können mehr Projekte österreichischer Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern gefördert und der lokale Privatsektor nachhaltig gestärkt werden. Mit einer Informationsinitiative machen wir auf das Förderprogramm aufmerksam und versuchen, Firmen für Kooperationen zu gewinnen. Denn der Privatsektor kann wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Partnerländern beitragen. Nicht zuletzt deshalb engagieren wir uns auch weiterhin im Global Compact der Vereinten Nationen (UN), einer Initiative zur Förderung des Dialogs zwischen Privatwirtschaft, staatlichen Akteuren und anderen Stakeholdern, und haben uns dessen zehn Prinzipien zu Menschenrechten, Umweltschutz, Arbeits- und Sozialstandards sowie Korruptionsbekämpfung verpflichtet.

Auch die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) bleibt eine wesentliche Säule unserer Arbeit. Denn systematisiertes Wissensmanagement und Know-how-Transfer im Rahmen von NRO-Programmen und -Projekten sowie gemeinsame Kampagnen schaffen Synergien und verstärken die Wirkung der entwicklungspolitischen Bemühungen. 2012 schlossen sich im Vorfeld des UN-Gipfels für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro mehr als 30 entwicklungs- und umweltpolitische Organisationen zur Initiative „Rio+20 – Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“ zusammen und vermittelten der österreichischen Öffentlichkeit mit zahlreichen Aktionen mögliche Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft. Die Initiative führte beeindruckend vor Augen, wie viel Aufmerksamkeit man auf globale Themen lenken kann, wenn alle an einem Strang ziehen.

Für die neuen Schwerpunktländer Georgien und Armenien liegen seit Dezember 2012 konkrete Strategien vor. Derzeit wird ein Koordinationsbüro in Tiflis aufgebaut, das für die Abstimmung mit den Partnerregierungen und den anderen Gebern sowie für die professionelle Umsetzung der Programme und Projekte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sorgen wird.

Starkes Interesse an Entwicklungspolitik signalisierten die Landeshauptleute und zahlreiche Partner, mit denen ich anlässlich des Besuchs der Wanderausstellung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Bundesländern Gespräche führte: Dabei hat sich gezeigt, dass Entwicklungspolitik ein Thema ist, das uns zusammenrücken lässt. Österreich ist zwar ein kleines Land, aber es gibt viele engagierte Institutionen und Menschen, die sich für bessere Lebensbedingungen und mehr Gerechtigkeit in unserer globalisierten Welt einsetzen.

Nach fünf Jahren Geschäftsführung möchte ich daher die Gelegenheit nutzen und allen MitarbeiterInnen und Partnern für ihr großes Engagement danken, das uns gemeinsame Höhen beschert und uns durch so manche Tiefen der Entwicklungszusammenarbeit geführt hat.

Botschafterin Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer

Geschäftsführerin der Austrian Development Agency (ADA)

Highlights 2012

ADA und OeEB bündeln Kräfte

Wien, 26. März 2012: Das Programm Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wird weiter gestärkt: Mit zusätzlich 3 Millionen Euro der OeEB kann künftig das Engagement der österreichischen Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern noch besser unterstützt werden.

Im Bild v.l.n.r.: Gunter Schall, Leiter des Referats Wirtschaft und Entwicklung der ADA, Michael Wancata, Vorstand der OeEB, Brigitte Öppinger-Walchshofer, ADA-Geschäftsführerin, und Andrea Hagmann, Vorstand der OeEB



Aufwind für Berufsbildung in Burkina Faso

Ouagadougou, 21. Juni 2012: Österreich hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es in Burkina Faso seit 2008 die erste nationale Politik für Berufsbildung gibt. Die Vertragsunterzeichnung am 21. Juni zwischen Burkina Faso und verschiedenen Gebern, darunter Österreich, gab den Anstoß für die Umsetzung umfassender Reformen etwa in der LehrerInnenausbildung oder durch die Entwicklung einheitlicher Standards für die Lehrlingsausbildung.

Im Bild v.l.n.r.: Walter Ehmeir, Leiter des Koordinationsbüros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (links im Bild), und Lucien Marie Noël Bembamba, burkinischer Minister für Wirtschaft und Finanzen bei der Vertragsunterzeichnung.

Entwicklungsarchitektur nach Busan

Wien, 11. Oktober 2012: Das High Level Forum 2011 in Busan hat eine Wende in der Entwicklungszusammenarbeit eingeleitet. Welche Chancen und Herausforderungen dies für die Entwicklungszusammenarbeit bedeutet, diskutierten im Oktober auf Einladung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und der ADA internationale ExpertInnen im österreichischen Parlament.

Im Bild v.l.n.r.: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, ADA-Geschäftsführerin Brigitte Öppinger-Walchshofer und Talaat Abdel-Malek, ehem. Vorsitzender der Arbeitsgruppe für wirksame Entwicklungszusammenarbeit im Entwicklungshilfeausschuss der OECD





Starke Frauen für Afrika

Addis Abeba, 12. Oktober 2012: Die Stärkung von Frauen in Friedensprozessen sowie Geschlechtergleichstellung in Afrika stehen im Zentrum einer Kooperation zwischen der Afrikanischen Union (AU) und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Österreich etabliert damit erstmals eine direkte und formale Partnerschaft mit der AU.

Im Bild v.l.n.r.: Heinz Habertheuer, Leiter des Koordinationsbüros in Addis Abeba, Gudrun Graf, österreichische Botschafterin, Erastus Mwencha, stv. Vorsitzender der AU-Kommission

20 Jahre erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien

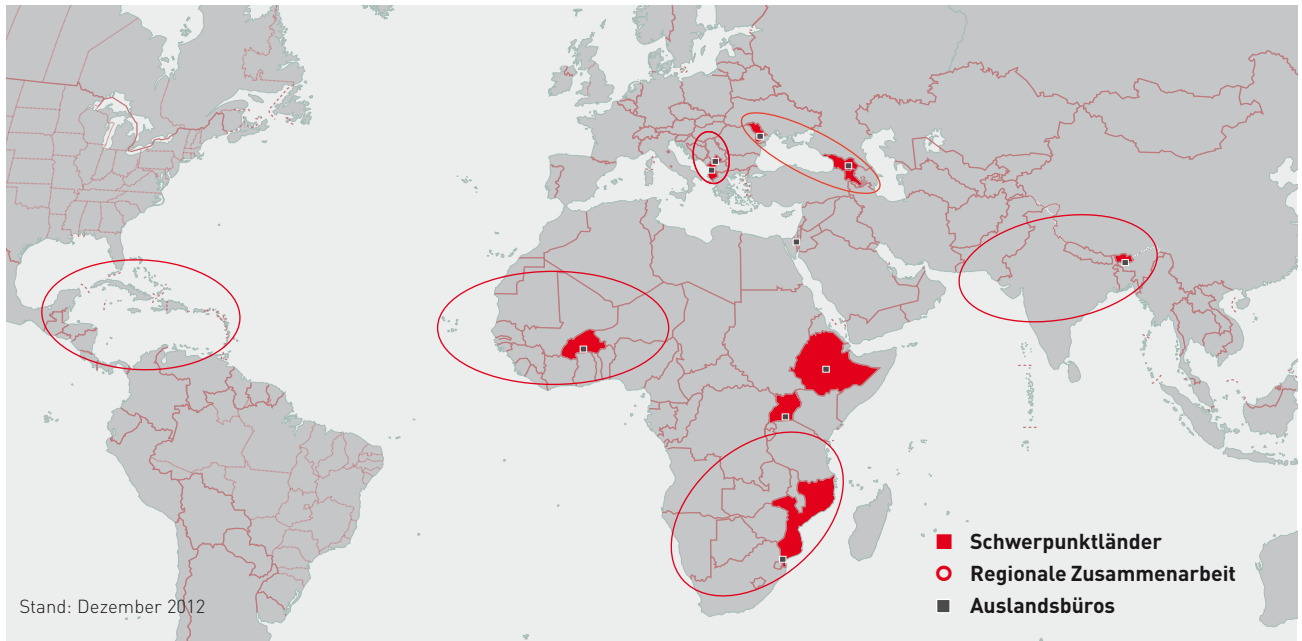
Tirana, 22. November 2012: Im November feierte Albanien 100 Jahre Unabhängigkeit – Österreich feierte mit. Seit 20 Jahren sind die beiden Länder durch Entwicklungszusammenarbeit verbunden. Österreich ist in Albanien wegen seiner Expertise, Professionalität, Verlässlichkeit und seines partnerschaftlichen Zugangs ein angesehener und geschätzter Partner.

Im Bild v.l.n.r.: ADA-Geschäftsführerin Brigitte Öppinger-Walchshofer mit dem Team des Koordinationsbüros in Tirana



Die ADA auf einen Blick

Schwerpunktländer und -regionen sowie Vertretungsnetz 2012



Operative Mittel der ADA (gesamt), Drittmittel, Verwaltungsaufwand

Netto-Auszahlungen 2010, 2011 und 2012 in Mio. Euro

ADA – operative Mittel	2010	2011	2012
OEZA – ODA	94,13	82,49	66,23
davon ERP-Mittel	8,67	8,50	7,30
Leistungen außerhalb der ODA*	0,02	0,01	0,01
operative Mittel gesamt	94,15	82,50	66,24
Drittmittel**	9,84	4,79	10,12
Umsatz gesamt	103,99	87,29	76,36

Verwaltungsaufwand	2010	2011	2012
ADA, laufender Betrieb – Basisabteilung	10,56	9,33	8,91
ADA, laufender Betrieb – Drittmittel**	0,14	0,27	0,32

* Leistungen, die nicht der ODA-Definition lt. den Richtlinien des OECD/DAC entsprechen. Diese werden in den weiteren Detailauswertungen nicht mehr berücksichtigt, da sie sich rein auf ODA-relevante Finanzflüsse beziehen.

** 2010 gelangten im operativen Bereich Drittmittel von BMeiA, BMF, BMLFUW, BMWFJ, des Auslandskatastrophenfonds und des Landes Steiermark sowie der Europäischen Kommission, des Auswärtigen Amtes von Liechtenstein und der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zur Auszahlung. Die Drittmittel im administrativen Bereich stammten von BMeiA, BMF, BMWFJ und EK. 2011 zahlte die ADA im operativen Bereich Drittmittel aus dem Auslandskatastrophenfonds sowie von BMeiA, BMF und BMWFJ, der EK, des Auswärtigen Amtes von Liechtenstein sowie der DEZA aus. Im administrativen Bereich wurden Mittel des BMeiA, des BMF und des BMWFJ umgesetzt. 2012 wurden im operativen Bereich Beiträge aus dem Auslandskatastrophenfonds sowie von BMF, BMeiA, der Oesterreichischen Entwicklungsbank, der EK und der DEZA ausgezahlt. Im administrativen Bereich wurden Mittel des BMeiA sowie des BMF umgesetzt.

Gesetzlicher und strategischer Rahmen

Rechtsgrundlage für die Arbeit der ADA ist das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz 2002 einschließlich der Novelle 2003. Das Gesetz definiert konkrete Vorgaben zur entwicklungspolitischen Grundausrichtung der ADA sowie zu deren Aufgaben, Unternehmensführung und Finanzierung. Den strategischen Rahmen bildet das jeweils geltende Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, das vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unter Mitarbeit der ADA erstellt wird. Das Dreijahresprogramm bestimmt die geografischen und inhaltlichen Schwerpunkte und enthält Leitlinien für die Einbindung in die internationale Entwicklungspolitik. Die ADA berät das Außenministerium und bringt ihre Expertise aus der bilateralen Zusammenarbeit ein.

Angaben zum Unternehmen

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die ADA arbeitet nicht gewinnorientiert.

Eigentümer: Republik Österreich

Eigentümerversreter: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Firmenbuch: Handelsgericht Wien, FN 243529 g

Aufsichtsrat: Vorsitzender: SL Botschafter Dr. Michael Linhart (BMeiA)
Stv. Vorsitzende: SC Mag. Bernadette Marianne Gierlinger (BMWFJ)

Botschafter Mag. Jan Kickert (BMeiA)
Botschafter Dr. Nikolaus Marschik (BMeiA)
Dr. Günther Schönleitner (BMF)
Gesandte MMag. Erika Bernhard (BMeiA)
MR Dr. Ingrid Ehrenböck-Bär (BMF)
Hofrat Dr. Harald Ropper (BMeiA)
wHR Dr. Gottfried Krasa (Verbindungsstelle der Bundesländer, bis 30.4.2012)
Dr. Oskar Wawra (Verbindungsstelle der Bundesländer, seit 1.5.2012)
Dr. Ulrike Renner (BMASK)
Mag. Elfriede-Anna More (BMLFUW)
DI Günter Engelits (ADA, Betriebsrat)

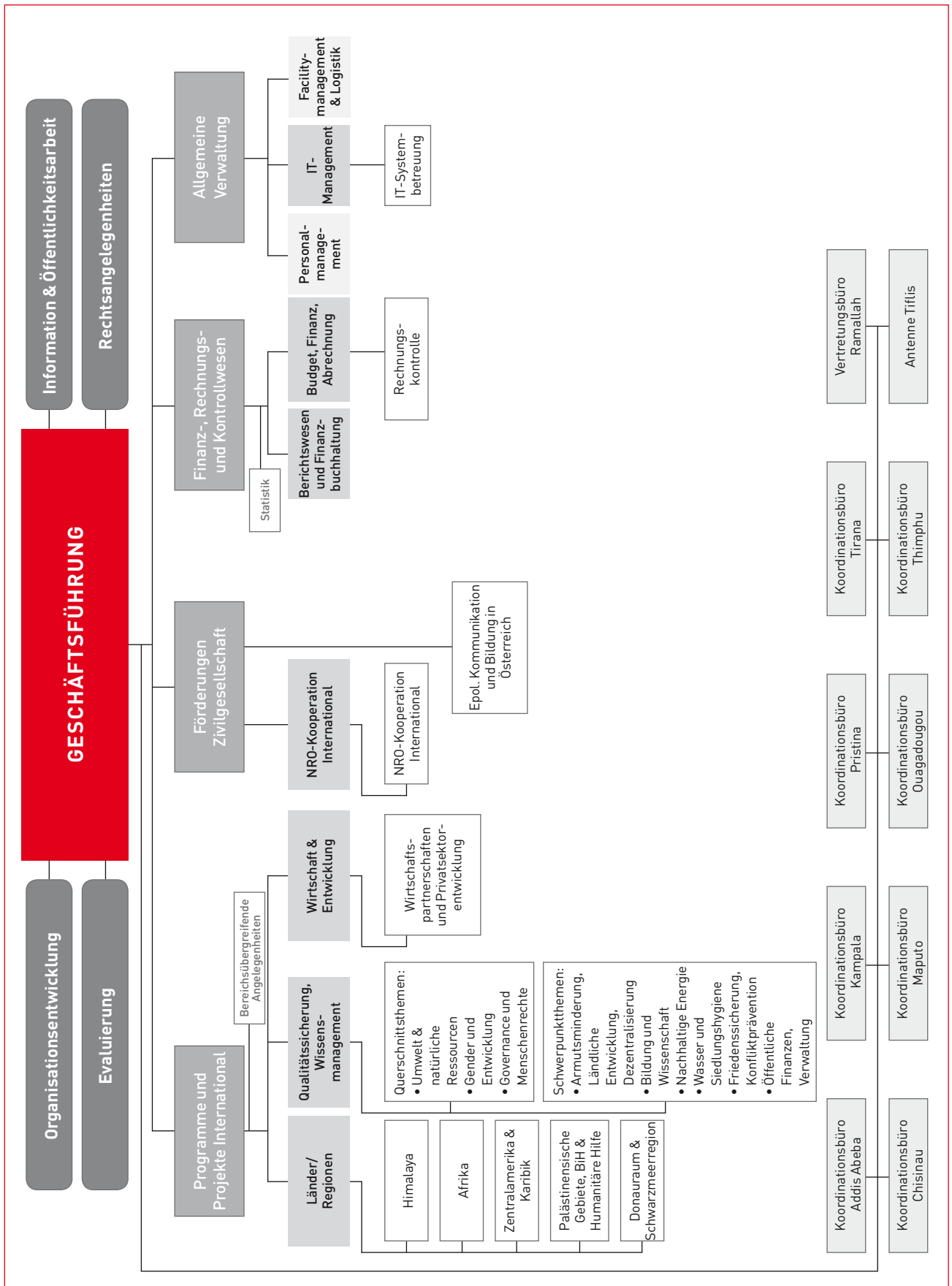
Geschäftsführung: Botschafterin Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer

Abteilungen: Programme und Projekte International: Mag. Robert Zeiner, programme@ada.gv.at
Förderungen Zivilgesellschaft: Dr. Helmuth Hartmeyer, epolbildung@ada.gv.at
Finanz, Rechnungs- und Kontrollwesen: Mag. Norbert Simon, finanzen@ada.gv.at
Allgemeine Verwaltung: Dr. Rudolf Holzer, verwaltung@ada.gv.at

Kontakt: Austrian Development Agency (ADA),
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)1 90399-0, Fax: +43 (0)1 90399-1290
office@ada.gv.at, www.entwicklung.at

Personalstand 2012

Ort	gesamt	Vollzeit	Teilzeit	Karenz	Frauen	Männer
Wien	85	59	16	10	52	33
Partnerländer	58	55	2	1	29	29
Gesamt	143	114	18	11	81	62



Aus dem Unternehmen

ENTWICKLUNG DER ADA

Die Umsetzung der unternehmensstrategischen Zielsetzungen verlief weiterhin nach Plan. So wurde etwa die Konzentration auf nur zwei bis maximal drei Sektoren pro Schwerpunktland konsequent fortgesetzt. In den neuen Schwerpunktländern Georgien und Armenien sind dies Land- und Forstwirtschaft sowie das Querschnittsthema gute Regierungsführung. Darüber hinaus übernahm die ADA auch 2012 in einigen Ländern und Bereichen Lead-Funktionen, zum Beispiel im Bereich Hochschulbildung im Kosovo und im Global Education Network (GENE). In Albanien übergab sie die Leitungsfunktion im Wassersektor nach drei Jahren erfolgreicher Arbeit an Deutschland. Die Koordinierung der Geber, die das Programm ONE UN unterstützen, hat die ADA dort weiterhin federführend inne.

Auch diverse Arbeitsprozesse wurden weiterentwickelt. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete eine Managementklausur, bei der gemeinsam Maßnahmen festgelegt wurden, wie Veränderungsprozesse positiv genutzt und noch effektiveres Arbeiten gefördert werden können. Die Ergebnisse der Klausur werden bereits umgesetzt. Dazu zählen spezifische Weiterbildungen für einen effizienteren Umgang mit neuen Geschäftsfeldern wie zum Beispiel delegierten Kooperationen.

An der Erneuerung des IT-gestützten Fördermanagementsystems wurde ebenfalls intensiv weitergearbeitet. Die bestehenden Datenbanken werden zu einem einzigen Datenverwaltungssystem zusammengeführt und damit die Arbeitsprozesse vereinfacht.

In Sinne kontinuierlicher organisatorischer Weiterentwicklung wurden verschiedene interne Richtlinien überarbeitet und erhielten die Koordinationsbüros mehr Aufgaben im Rahmen des Monitorings der Programme und Projekte. Zur Minimierung des Korruptionsrisikos entwickelte die ADA gemeinsam mit Transparency International einen Ratgeber zur Korruptionsvermeidung für Nichtregierungsorganisationen. Weitere präventive Maßnahmen sind in Diskussion.

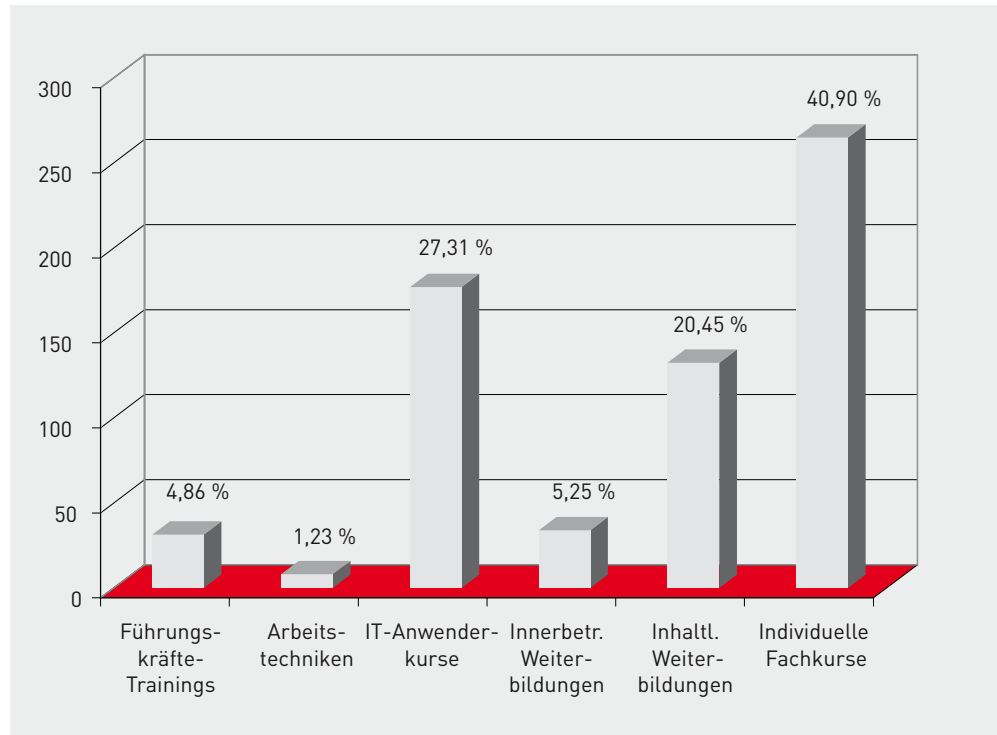
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Die insgesamt 143 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Austrian Development Agency in der Wiener Zentrale und den Partnerländern verfügen über langjährige Erfahrung und fundierte Fachexpertise. Damit sie jeweils auf dem neuesten Stand des Wissens bleiben, stellte die ADA auch 2012 ein umfangreiches Weiterbildungsangebot bereit und förderte individuelle Qualifizierungsmaßnahmen.

In einem Workshop zum Thema „Wissensmanagement“ mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) erfuhren die MitarbeiterInnen der ADA mehr über deren Ansätze und Instrumente wie etwa das Intranet.

Auch intern wird in der ADA Expertise weitergegeben. Zum Beispiel führte die Stabsstelle Evaluierung im Mai und Juni 2012 zwei Trainings für die KollegInnen in der Zentrale zum Thema „Indikatoren zur Messung von Ergebnissen“ durch.

Weiterbildungstage 2012



WISSEN VERTIEFEN UND WEITERGEBEN

Wissen ist der Schlüssel zu Qualität, Effizienz, Innovation und Flexibilität. Arbeitsprozesse werden einfacher und schneller, wenn die benötigte Expertise auf Abruf zur Verfügung steht. Evaluierungen ermöglichen, die Qualität und Zielgerichtetheit der österreichischen Beiträge zu überprüfen und eventuell notwendige Korrekturen vorzunehmen.

Wissen steuern

Für die effiziente Umsetzung der Wissensmanagementstrategie arbeitete die ADA 2012 einen Plan mit konkreten Verantwortlichkeiten und Etappenzielen aus. Einige Maßnahmen wurden bereits in Angriff genommen. Beispielsweise wurden Exit-Interviews eingeführt, um das Wissen und die Erfahrungen von ausscheidenden MitarbeiterInnen weitestgehend in der Agentur zu halten. Auch mit der Erstellung einer Wissenslandkarte wurde begonnen.

Qualität sichern

2012 schloss die ADA die Evaluierung der Gender-Politik der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit von 2004 bis 2011 ab. Der Endbericht ist auf der Homepage für alle Interessierten zugänglich. Ein Plan, wie die Evaluierungsempfehlungen umgesetzt werden können, wurde bereits fertiggestellt.

Auch die Evaluierung des Engagements der Zivilgesellschaft im Politik-Dialog, die gemeinsam mit Dänemark und Schweden durchgeführt wurde, konnte abgeschlossen und der Bericht veröffentlicht werden.

Außerdem führte die ADA den Bhutan-Review und die Evaluierung des Hochschulkooperationsprogramms APPEAR (Austrian Partnership Programme in Higher Education and Research for Development) durch und startete die Überprüfung der Umsetzung des „Strategischen Leitfadens Umwelt und Entwicklung“. Weiters unterstützte sie fachlich zahlreiche Projekt- und Programmevaluierungen und arbeitete den strategischen Evaluierungsplan 2013–2014 aus.

DIALOG UND AUSTAUSCH

Durch Reden kommen nicht nur sprichwörtlich die Leute zusammen, sondern man kann dadurch auch miteinander und voneinander lernen. Gedankenaustausch bringt neue Ideen und vergrößert das Kooperationsnetzwerk. Mit Informationsarbeit sucht die ADA den Dialog mit der Öffentlichkeit, denn Entwicklungszusammenarbeit braucht breite Unterstützung.

Aktuelle Themen diskutieren

Die Jahrestagung der Austrian Development Agency widmete sich 2012 neben strategischen und praktischen Fragen dem Thema „Alle Menschenrechte für alle“ und öffnete die Diskussion auch für interessierte externe Partner. Die Ergebnisse der intensiven Auseinandersetzung mit Bereichen wie Menschen mit Behinderungen, Recht auf Wasser oder Geschlechtergleichstellung fließen nun in die Arbeit der ADA ein. So wurde zum Beispiel mit einem Handbuch zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in das Projektzyklus-Management begonnen oder bei einer internen Fortbildungsveranstaltung das Thema „Männer und Gleichstellung“ im Kontext von Post-Konfliktsituationen diskutiert.

Bei der Veranstaltungsreihe DialogEntwicklung erörtern ExpertInnen drei- bis viermal pro Jahr aktuelle Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. 2012 widmeten sich im Mai ein österreichischer Vertreter der Wirtschaft und ein äthiopischer Wissenschaftler dem Thema „Green Economy als Chance für sozial und ökologisch ausgewogenes Wirtschaftswachstum“. Ende November debattierten renommierte internationale Fachleute über die UN-Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ und die vielfältigen Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen. Eine Veranstaltung der Reihe fand traditionell wieder anlässlich der ADA-Jahrestagung statt. 2012 berichteten internationale JournalistInnen in Anlehnung an das übergeordnete Thema über die Gefahren ihres Berufsstandes im Einsatz für die Menschenrechte.



DialogEntwicklung über Pressefreiheit und Menschenrechtsarbeit: Berichterstattung kann lebensgefährlich sein.

Das 4. High Level Forum on Aid Effectiveness 2011 im südkoreanischen Busan gilt als Meilenstein im internationalen Diskurs über Entwicklungszusammenarbeit. Mit der in Südkorea festgelegten „Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit“ soll nicht mehr nur die Wirksamkeit der „Hilfe“ verbessert, sondern eine neue Partnerschaft für Entwicklung geschaffen werden, die neue Akteure wie den Privatsektor, neue Geberländer oder globale Stiftungen einschließt. Was dies für die internationale Entwicklungszusammenarbeit bedeutet und welche Chancen und Herausforderungen damit verbunden sind, diskutierte im Oktober 2012 eine hochrangig besetzte Runde im österreichischen Parlament.

Im Gespräch bleiben

In welchen Ländern ist die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit tätig? Was finden die LeiterInnen der Koordinationsbüros spannend an ihrem Einsatz? Was hat die lokale Bevölkerung vom österreichischen Engagement? Diese und andere Fragen beantwortet die Infobox, eine interaktive Ausstellung, die 2012 weiter auf Tour ging. An jeder der 12 Stationen in öffentlichen Einrichtungen in Wien, Niederösterreich, Salzburg, Tirol, Oberösterreich und der Steiermark suchte die ADA-Geschäftsführerin das Gespräch mit den Landeshauptleuten, den LandesreferentInnen für Entwicklungszusammenarbeit sowie mit VertreterInnen von NRO, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Im Mittelpunkt standen die Unterstützung der Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit und die Förderprogramme für Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen. Begleitende Interviews machten die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in lokalen Leitmedien zum Thema. Die gesamte Tour spiegelte sich in Berichten auf dem Webportal www.entwicklung.at wider.

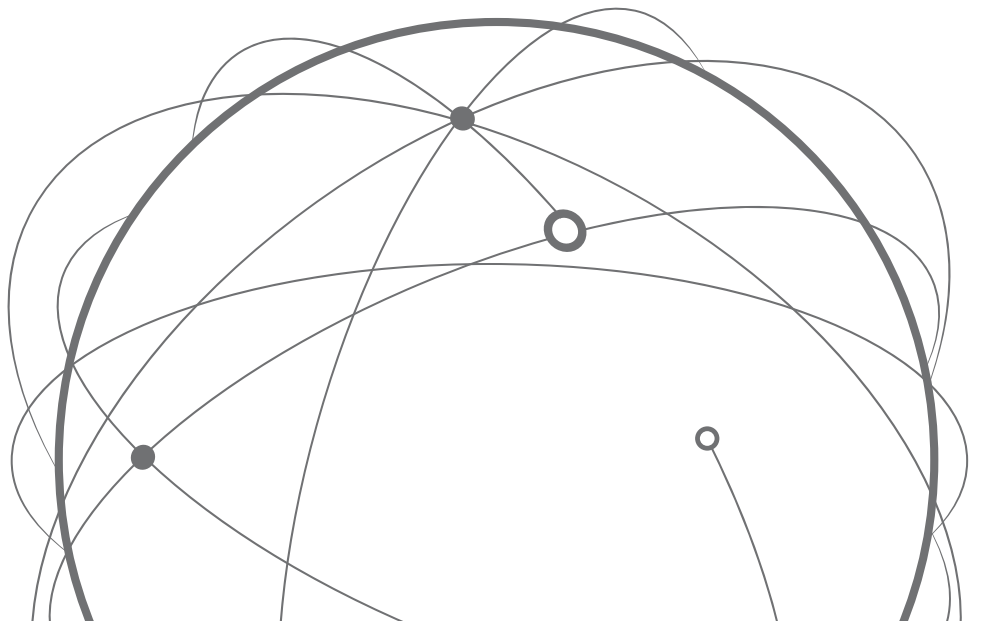


Die Infobox machte 2012 auch Station in Salzburg.

Mit der Botschaft „Sie investieren in Märkte der Zukunft? Wir fördern Unternehmergeist und Ideen.“ setzte die ADA 2012 den Informationsschwerpunkt rund um das Förderprogramm Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit fort. Dieses wird nun auch von der Oesterreichischen Entwicklungsbank unterstützt. Die Kampagne richtete sich über Wirtschaftsmedien und Veranstaltungen an österreichische Klein- und Mittelbetriebe, die sich in Emerging Markets engagieren wollen. Best Practice-Beispiele verdeutlichten, dass sich Geschäfte mit entwicklungspolitischem Mehrwert für alle lohnen: Neue Arbeitsplätze verbessern die Lebensbedingungen der Menschen in den Partnerländern und die Unternehmen erzielen höhere Gewinne.

Service für die Öffentlichkeit

2012 beantwortete die ADA rund 450 Anfragen und verteilte 1.300 Publikationen. Über den elektronischen Newsletter „oeza aktuell“ informierte sie monatlich rund 3.500 LeserInnen über aktuelle entwicklungspolitische Themen, Termine und Publikationen. Die Quartalszeitschrift „Weltnachrichten“ ging an etwa 6.500 AbonnentInnen im In- und Ausland. Die Titel 2012: „Globale Partnerschaft für Entwicklung“, „Rio+20: nachhaltige Entwicklung im Brennpunkt“, „Energieschub für Entwicklung“ und „Neue Partner für Entwicklung“.



Weltweit im Einsatz

RAHMENBEDINGUNGEN

Die Arbeit der ADA hat durch die Ende 2011 beim 4. High Level Forum in Busan beschlossenen Prinzipien eine neue Akzentuierung erfahren. Alle Maßnahmen orientieren sich nun noch mehr an den Prioritäten der Partnerländer. Auch die Prinzipien Transparenz und Berechenbarkeit der Hilfe sowie stärkere Ergebnisorientierung gewinnen zusätzlich an Gewicht und bestimmen die konkreten Herangehensweisen der österreichischen Entwicklungsagentur. Dazu zählen die weitere geografische Konzentration, die konsequente Teilnahme an diversen Dialogforen mit den Partnerregierungen und anderen Gebern sowie die Darstellung der Ergebnisse der Projekte und Programme.

Die ADA kann dabei auf bewährte Grundlagen und bereits etablierte Instrumente und Werkzeuge zurückgreifen. Etwa auf einen Mix aus Finanzierungsinstrumenten, der auf das Umfeld des jeweiligen Partnerlandes abgestimmt ist und von NRO-Kofinanzierung bis Budgethilfe reichen kann. Darüber hinaus verfügt die Agentur über ein differenziertes Instrumentarium zur Privatsektorentwicklung, das beispielsweise die Unterstützung förderlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft oder das Programm Wirtschaftspartnerschaften umfasst. Auch mit Maßnahmen zur Förderung von geschlechtergerechten Budgets und deren Umsetzung in Partnerländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit setzt die ADA konkrete Schritte zur Realisierung der Busan-Prinzipien.

Die strategische Neuorientierung in der geografischen Schwerpunktsetzung wurde konsequent fortgesetzt: Mit Ende Mai 2012 wurde das Koordinationsbüro in Managua geschlossen. Lokale ExpertInnen wurden mit dem sorgfältigen Abschluss der noch laufenden Programme in Nicaragua und Zentralamerika betraut. Ende Juni folgte das Koordinationsbüro in Belgrad. Auch in Serbien wurde dafür gesorgt, dass die noch laufenden Maßnahmen ordnungsgemäß zu Ende geführt werden. Die für Ende 2012 vorgesehene Schließung des Koordinationsbüros in Tirana hingegen wurde vor allem wegen der laufenden delegierten Kooperationen für die Europäische Kommission (EK) auf Ende 2014 verschoben. Anfang Juli 2012 richtete die ADA in den bisherigen Räumlichkeiten des Koordinationsbüros in Belgrad ein Office zur Umsetzung eines Regionalentwicklungsprogramms ein, das die Europäische Kommission an die ADA delegiert hat.

Im Südkaukasus konzentriert sich das österreichische Engagement nun auf Armenien und Georgien. Für beide Schwerpunktländer erarbeiteten das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die ADA 2012 gemeinsam Strategien, die den Rahmen für das künftige Engagement vorgeben. Diese wurden mit österreichischen Einrichtungen und Entwicklungsorganisationen diskutiert und mit den Regierungen in Tiflis und Jerewan besprochen. Der thematische Fokus liegt auf Land- und Forstwirtschaft sowie guter Regierungsführung.

Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission konnte erheblich ausgebaut werden. Die österreichische Entwicklungsagentur bringt ihre fachliche Expertise in delegierte Kooperationen ein und sorgt für das Projektzyklus-Management und die Verwaltung der Finanzmittel, die sie in den meisten Fällen mit eigenen Ressourcen bündeln kann. Dadurch können die Projekte und Programme umfassender und weitreichender aufgesetzt werden.

PARTNER FÜR ENTWICKLUNG

Gemeinsam lässt sich mehr bewegen. Ob innerhalb Österreichs oder auf internationaler Ebene – Programme und Projekte mit anderen Gebern, öffentlichen Einrichtungen oder Organisationen erhöhen die Finanzmittel und das Know-how für Entwicklungsmaßnahmen und verstärken damit auch deren Wirkung.

Geberkoordinierung

Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Norwegen brachten 2012 eine gemeinsame Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien auf den Weg. Diese wurde von den jeweiligen Botschafterinnen und Botschaftern unterzeichnet und von der äthiopischen Regierung formal angenommen. Die Strategie ist nun das Referenzdokument für alle bilateralen Förderungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten für Äthiopien. Österreich ist Mitglied der Arbeitsgruppe, die die gemeinsame Programmierung der EU für Äthiopien vorantreibt, und hat sich verpflichtet, auch in anderen Schwerpunktländern an der gemeinsamen Programmierung mitzuwirken.

Twinning

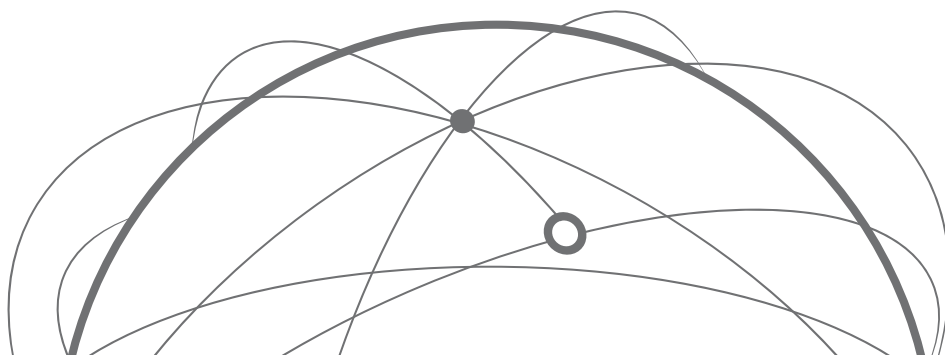
Deutschland als führender Geber sowie Österreich und Slowenien als Junior Partner entsenden seit 2011 ExpertInnen nach Montenegro, um die Regierung bei der Erstellung des „Nationalen Entwicklungsplans“ zu unterstützen. Die österreichischen Fachkräfte werden vom Bundeskanzleramt, Umweltbundesamt und vom austria wirtschaftsservice/erp-fonds gestellt, ihren Einsatz koordiniert die Austrian Development Agency. Prioritäre Themen sind Energie, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie die Einführung des Konzepts von Green Economy. Der Entwicklungsplan soll im Frühjahr 2013 fertiggestellt sein und wird die Basis für die nationale Prioritätensetzung und die Verhandlungen mit der EU bilden. Montenegro wird das erste Land in der Region sein, das einen „Nationalen Entwicklungsplan“ vorlegen kann.

Delegierte Kooperation

Seit 2009 arbeitet die Austrian Development Agency mit anderen Gebern in Form von delegierten Kooperationen zusammen. Die wichtigsten Partner sind neben der Europäischen Kommission die DEZA und das finnische Außenministerium.

Zu den bestehenden fünf Delegationsabkommen zwischen EK und ADA kam 2012 ein Programm zur sozioökonomischen Entwicklung des Donauraums in Serbien hinzu. Der gezielte Auf- und Ausbau des Tourismus soll kräftige wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Impulse in der Region setzen. Neu ist außerdem eine delegierte Kooperation der EK in der Höhe von 30,5 Millionen Euro für die Wasserver- und -entsorgung in Kleinstädten Nord- und Ostugandas. Damit erhöhte sich das Gesamtvolumen der delegierten EK-Kooperationen auf 60 Millionen Euro. Die ADA förderte 2012 wieder das Programm der Europäischen Kommission für bedürftige und notleidende Familien in den Palästinensischen Gebieten.

Mit der DEZA setzte die österreichische Entwicklungsagentur die bewährte Zusammenarbeit in Albanien, Moldau, im Kosovo und in Burkina Faso fort. Im Kosovo startete 2012 ein weiteres gemeinsam mit der Schweiz finanziertes Projekt, bei dem Österreich den Lead hat. Neu hinzugekommen ist zudem eine Kooperation zur Einrichtung eines Anti-Korruptionsportals für den Privatsektor in Entwicklungs- und Schwellenländern, die das schwedische Außenministerium an die ADA delegiert hat.



Energie- und Umweltpartnerschaft

Über Energie- und Umweltpartnerschaften fördert Österreich gemeinsam mit Finnland und Großbritannien im östlichen und südlichen Afrika sowie mit Finnland und der EU in Zentralamerika erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

In den beiden afrikanischen Regionen finanzierte die Partnerschaft seit 2010 insgesamt 91 Projekte mit einem Volumen von rund 19 Millionen Euro. Nahezu denselben Betrag steuerten die Antragsteller aus Eigenmitteln bei. An die 95.000 Tonnen CO₂ können dadurch jährlich eingespart werden, rund 600.000 Menschen in 110.000 Haushalten haben nun besseren Zugang zu Energiedienstleistungen und fast 6.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die Hälfte der Beschäftigten sind Frauen und Jugendliche.

In Zentralamerika ging es 2012 in erster Linie um die Konsolidierung des Programms. Monitoringbesuche führten bei einigen noch laufenden Initiativen zur Schärfung von Nachhaltigkeitsaspekten. Seit 2003 wurden 284 Pilotprojekte bzw. Studien finanziert. Vor allem der Einsatz von Kleinwasserkraft- und Photovoltaikanlagen verhindert einen CO₂-Ausstoß von fast 24.000 Tonnen pro Jahr. Knapp 39.000 Menschen haben in den vergangenen zehn Jahren direkt von den vielfältigen Projekten profitiert. Die Energie- und Umweltpartnerschaft hatte eine beachtliche Hebelwirkung: Denn zusätzliche 33 Millionen US-Dollar wurden in Energieprojekte investiert.



Tausende Familien in Zentralamerika profitierten von der Energie- und Umweltpartnerschaft zur Förderung erneuerbarer Energien.

NETZWERKE NUTZEN

Auch ein kleiner Geber wie Österreich kann sich im internationalen Umfeld mit Fachwissen und Erfahrung behaupten, wenn er Netzwerke gut nutzt.

EU: Österreichisches Wasser-Wissen

Im September 2012 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof den Sonderbericht „Entwicklungshilfe der Europäischen Union im Bereich Trinkwasser- und grundlegende Sanitärversorgung im Subsahara-Raum“. 23 EU-finanzierte Projekte in sechs afrikanischen Ländern wurden auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit hin überprüft. Durch die Maßnahmen sei zwar der Zugang zu Trinkwasser- und grundlegender Sanitärversorgung verbessert worden, Kritik gab es jedoch am laufenden Betrieb der errichteten Anlagen. Die Kontrollen der Wasserqualität seien mangelhaft und die Tarife für einen kostendeckenden Betrieb häufig zu niedrig. Auch das Finanzmanagement sei zu schwach. Die Ursache sei, dass die oft schwierigen Rahmenbedingungen in der Planungsphase zu wenig berücksichtigt würden und die Zielvorgaben zu unklar seien.

Gerade auf diese Aspekte legt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in ihren Wasserprogrammen seit Langem großen Wert. Denn eine Wasserversorgungsanlage zu bauen reicht allein nicht aus. Vielmehr ist ein integrierter Ansatz notwendig, der die Zielgruppen von Anfang an mit einbezieht und das gesamte Projektumfeld berücksichtigt. Gemeinsam mit den Betroffenen geplante Schulungen, die Stärkung der lokalen Verwaltungsstrukturen sowie die Vorbereitung und Begleitung des Betriebs sind für den praktischen Erfolg von wesentlicher Bedeutung.

Als der Bericht des EU-Rechnungshofes in der für Afrika zuständigen Arbeitsgruppe des Europäischen Rates thematisiert wurde, war es naheliegend, dass Österreich reagierte. Die österreichische Expertise im Wassersektor wird allseits geschätzt. Die anderen Mitgliedsstaaten unterstützten daher die österreichischen Kommentare, die letztlich in die Ratsschlussfolgerungen Eingang fanden. Ein schöner Erfolg, denn diese geben den politischen und strategischen Rahmen für das künftige Engagement der EU im Wassersektor der Partnerländer vor.

Rio+20: Pavillon der Berge

Der Gipfel über Umwelt und nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 in Rio war die größte Versammlung in der Konferenz-Geschichte der Vereinten Nationen. Wenngleich viele Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückblieben, wurden zumindest konkrete Prozesse angestoßen, zum Beispiel die Formulierung von Nachhaltigkeitszielen, die ab 2015 die Millenniums-Entwicklungsziele ablösen sollen.

Bei der Vorbereitung der Konferenz brachte sich Österreich insbesondere in die Diskussion um das Thema Berggebiete stark ein. Bereits im Herbst 2011 hatte die Austrian Development Agency am World Mountain Forum in Luzern, Schweiz, teilgenommen, wo eine gemeinsame Stellungnahme aller Bergländer für Rio+20 formuliert wurde. Außerdem hatte Österreich die Teilnahme von VertreterInnen aus Entwicklungsländern an diesem Forum finanziell unterstützt.

Berggebiete spielen eine Schlüsselrolle für die Nahrungs- und Energieversorgung. Mehr als die Hälfte der weltweiten Wasservorkommen haben ihren Ursprung in Gebirgen, und sechs der 20 wichtigsten Nahrungspflanzen stammen ursprünglich aus den Bergen. Gleichzeitig sind dort die Ökosysteme besonders anfällig für Störungen und damit für die Auswirkungen des Klimawandels.

Während der Konferenz Rio+20 war ein „Bergpavillon“ unter der Schirmherrschaft Perus, der Schweiz und Österreichs Ort von 68 Veranstaltungen, an denen sich 17 Länder und 42 Organisationen beteiligten. Thematisiert wurden unter anderem die nachhaltige wirtschaftliche Nutzung von Berggebieten durch Land- und Forstwirtschaft, die Nutzung von Wasserkraft sowie Bergtourismus und die Rolle von Frauen und ethnischen Minderheiten beim Schutz von Berggebieten. Die umfassende Einbindung dieser Bevölkerungsgruppen in Entscheidungsprozesse, ihre Teilhabe am Entwicklungsprozess sowie wirksame Methoden zur Katastrophenprävention wurden ebenfalls diskutiert.

MIT DER ADA GUT BERATEN

Die Austrian Development Agency verfügt über umfassendes Know-how. Mit ihrem Fachwissen berät sie auch andere Ministerien und öffentliche Institutionen oder übernimmt in deren Auftrag die Durchführung von Projekten oder Programmen.

Frauen, Frieden und Konfliktprävention

Seit mehreren Jahren befassen sich Arbeitsgruppen, in denen verschiedene Ministerien und teilweise auch Nichtregierungsorganisationen vertreten sind, mit der Erstellung und Umsetzung von Nationalen Aktionsplänen zu wichtigen ressortübergreifenden Themen. Hier bringt die ADA ihre Expertise und Erfahrung aus den Programmen und Projekten in den österreichischen Partnerländern ein. 2012 arbeitete sie beispielsweise an der Aktualisierung des „Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325“ zum Schutz und zur Rolle von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen ebenso mit wie am 4. Umsetzungsbericht, der unter der Federführung des Völkerrechtsbüros im Außenministerium erstellt wurde. Außerdem beteiligte sie sich am dritten „Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels 2012–2014“ und machte sich dafür stark, dass im „Nationalen Aktionsplan Behinderung 2012–2020“ konkrete Maßnahmen festgelegt wurden, um die Entwicklungszusammenarbeit inklusiver zu gestalten. Die ADA engagierte sich 2012 weiters für die Umsetzung des interministeriellen „Strategischen Leitfadens Sicherheit und Entwicklung“ und organisierte Seminare, die es den Akteuren ermöglichten, sich intensiver auszutauschen und noch besser zu koordinieren.

Wirtschaft und Entwicklung

Wirtschaft und Entwicklung ist ein Thema, bei dem sich Schnittstellen mit dem Bundesministerium für Finanzen (BMF), der Oesterreichischen Entwicklungsbank, dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFG) und der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) ergeben. Die Kooperation mit diesen Institutionen soll nicht nur zu kohärenten Strategien führen, sondern auch gemeinsame Programme und Projekte ermöglichen.

Das Finanzministerium leistet beispielsweise Beiträge an das Infrastrukturprogramm PIDG, an das Programm zur Heranführung der südosteuropäischen Rechnungslegungsgebarung an EU-Standards (REPARIS) sowie an StAR, eine Initiative der Weltbank und des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die sich für den Abbau von Barrieren bei der Rückschaffung von illegal erworbenen Vermögenswerten in die Ursprungsländer einsetzt. An all diesen Initiativen ist die ADA maßgeblich beteiligt.

In der Zusammenarbeit mit der OeEB stellt die ADA ihre Expertise bei der laufenden Beurteilung von neuen Projekten zur Verfügung. Außerdem beteiligt sie sich an der Weiterentwicklung der OeEB-Strategie. Die Oesterreichische Entwicklungsbank wiederum trägt seit 2012 mit 3 Millionen Euro zum Ausbau des erfolgreichen Programms Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bei. Mit diesen zusätzlichen Fördermitteln und dem erweiterten Know-how können österreichische Unternehmen noch besser bei ihrem internationalen Engagement unterstützt werden.

Auch für die Außenwirtschaft der WKO ist Wirtschaft und Entwicklung ein wichtiges Zukunftsthema. Eine gemeinsam von WKO und ADA entwickelte Roadshow informiert daher unter dem Motto „Nachhaltige Geschäfte in Emerging Markets“ Unternehmen in ganz Österreich über Investitionsmöglichkeiten in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die erste Veranstaltung fand im Dezember in Graz statt.



Beim Informationstag in Graz präsentierte die ADA steirischen Unternehmen das Programm Wirtschaftspartnerschaften.

Die ADA und das BMWFJ finanzieren gemeinsam die corporAID-Plattform, die sich zum Ziel gesetzt hat, über die Potenziale von Wirtschaft und Entwicklung aufzuklären und die Themen Wirtschaft, Entwicklung und globale Verantwortung im Bewusstsein der Stakeholder zu verankern. Außerdem unterstützen ADA und BMWFJ zu gleichen Teilen eine Initiative zur Förderung verantwortungsbewussten unternehmerischen Verhaltens. Dadurch sollen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen im Südkaukasus und eurasischen Raum verbreitet werden.

Die von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend geförderte corporAID-Initiative des Instituts zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten (ICEP) regt österreichische Unternehmen durch Information und Netzwerken dazu an, gesellschaftliche Themen in ihre Managementstrategien zu integrieren. Ein Instrument dafür ist das Magazin „corporAID“, das sechsmal jährlich über verantwortungsvolle Unternehmensführung, innovative soziale Geschäftsmodelle und Chancen in Entwicklungsländern berichtet. In einer Auflage von 45.000 Stück ist es der Tageszeitung Wirtschaftsblatt beigelegt und wird im Aboversand vertrieben.

In den corporAID Multilogues, den offenen Lernforen von ICEP, zeigen internationale ExpertInnen und VordenkerInnen, wie globale Verantwortung, die Beteiligung der Wirtschaft an der weltweiten Armuts-minderung und die viel zitierten Win-win-Situationen funktionieren können.

NACHHALTIGE PROGRAMME UND PROJEKTE

AUS DEN LÄNDERN

Zentrale Aufgabe der Austrian Development Agency ist die Förderung von bilateralen Programmen und Projekten – sowohl in den Partnerländern als auch in Österreich. Wie groß die Bandbreite ist, zeigen ausgewählte Beispiele.

ALBANIEN

Professionelle Hilfe für Kinder und Jugendliche

Spielen, singen, lachen und unbeschwert herumtollen – davon kann rund die Hälfte der Kinder in Albanien nur träumen. Denn ihre Kindheit ist von Armut, Missbrauch und Ausbeutung geprägt. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen steht in Albanien daher ganz oben auf der politischen Agenda. Mit internationaler Unterstützung wurden nun eine moderne Gesetzeslage geschaffen, politische Strategien und Aktionspläne zur Reform des Sozialwesens entwickelt und zahlreiche Pilotinitiativen gestartet.



**Die Einrichtung von Kinder- und Jugend-
schutzzentren in allen
albanischen Gemeinden
ist jetzt gesetzlich
vorgeschrieben.**

Auch Österreich hat grundlegend dazu beigetragen: Erst kürzlich erließ die albanische Regierung infolge einer von Österreich unterstützten und von der Schweizer NRO Terre des Hommes erfolgreich umgesetzten Pilotinitiative ein Gesetz, das vorschreibt, in allen 65 albanischen Gemeinden Kinderschutzeinheiten in den Sozialämtern einzurichten. Die neu etablierten Abteilungen gehen Hinweisen auf Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung, Ausbeutung oder Kinderhandel nach und bieten Heranwachsenden in prekären Situationen professionelle Hilfe. Dafür sind eigens geschulte Fachleute notwendig. Die Ausbildung zu SozialarbeiterInnen wurde daher nach europäischen Standards und Methoden modernisiert und um kindgerechte Interventionsmöglichkeiten erweitert. In Trainings wurde das Lehr- und Betreuungspersonal an Schulen auf seine Verantwortung und Rolle bei der Förderung des Kinder- und Jugendschutzes hingewiesen. Zusätzlich wurde das sogenannte Case Management eingeführt, das die ganzheitliche und auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnittene Betreuung von Kindern bzw. Jugendlichen und deren Familien durch SozialarbeiterInnen vorsieht. Auch andere öffentliche Einrichtungen wie Polizei und Gerichte wurden einbezogen und für die Thematik sensibilisiert. Nicht zuletzt lernen die Betroffenen und deren Eltern durch Aufklärungskampagnen, die verschiedenen Facetten von Missbrauch, Ausbeutung und Menschenhandel frühzeitig zu erkennen und dadurch zu verhindern.

Bis zum Abschluss des Projektes im Jahr 2012 wurden insgesamt an die 25 SozialarbeiterInnen und knapp 220 SchulpsychologInnen geschult sowie mehr als 8.000 Kinder und Jugendliche teilweise über mehrere Jahre hinweg professionell betreut. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Gerichten, Schulen, Gesundheitseinrichtungen und sozialen Diensten funktioniert aufgrund der Einführung koordinierter Maßnahmen heute wesentlich besser. Durch das Lobbying und die Expertise der ProjektmitarbeiterInnen konnten zahlreiche andere staatliche Verordnungen zur Umsetzung von Kinderschutzmaßnahmen erwirkt werden. Diese betreffen unter anderem die gesetzliche Registrierung von Kindern, eine standardisierte und koordinierte Vorgehensweise im Fall von Menschenhandel oder Protokolle und Leitfäden für SchulleiterInnen und SchulpsychologInnen für die Zusammenarbeit mit Kinderschutzzentren. Außerdem wurden Richtlinien und Anleitungen zur Errichtung von Kinderschutzzentren sowie zahlreiche Publikationen und Handbücher zur verbesserten Umsetzung der Kinderschutzgesetze verfasst. Eine Herausforderung bleibt weiterhin die Finanzierung.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien

Schwerpunkte

- Wasserversorgung
- Berufsbildung
- Gute Regierungsführung

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 649.184 Euro für die bilaterale Kooperation mit Albanien bereit.

ÄTHIOPIEN

Karge Ressourcen schonend nutzen

Wro Ayal ist Mutter von fünf Kindern. Mit einem Kredit von 130 Euro kaufte sie fünf Ziegen. Innerhalb von zwei Jahren sind daraus 40 geworden. Von den Einkünften können Frau Ayal und ihre Familie jetzt gut leben. Auch sind sie besser gegen Dürreperioden oder Missernten gerüstet. Den Kredit hat sie bereits zurückgezahlt. Aus der Bäuerin ist mittlerweile eine erfolgreiche Kleinunternehmerin geworden. Möglich wurde dies durch ein Programm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zum nachhaltigen Schutz der natürlichen Ressourcen in Nord-Gondar im äthiopischen Regionalstaat Amhara.

Bevölkerungswachstum, ausgelaugte Böden und überweidete Flächen führten in der Region, die halb so groß ist wie Österreich, immer wieder zu Nahrungsmittelknappheit. Mithilfe des Programmes wird die Nahrungsversorgung dauerhaft gesichert. Die Bäuerinnen und Bauern erlernen biologische und nachhaltige Anbaumethoden, bauen eine größere Vielfalt an Obst und Gemüse an, pflanzen robustere Getreidesorten und produzieren durch verbesserte Viehzucht mehr Milch und Fleisch. Zusätzlich werden neue Einnahmequellen erschlossen, etwa durch Handwerkskunst, neu gegründete Molkerei- und Imkereigenossenschaften oder die Vergabe von Kleinkrediten an Bauern und Bäuerinnen wie Wro Ayal.

Die besseren Lebensbedingungen erleichtern es den DorfbewohnerInnen, mit den Einschränkungen, die die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen mit sich bringt, gut umzugehen. Zur Bewahrung der Biodiversität wird der natürliche Wasserkreislauf wiederhergestellt, Weideflächen werden begrenzt und Schutzzonen aufgeforstet, um die Erosion zu kontrollieren und die Vegetation zu schützen. In den Wäldern darf kein Brennholz mehr geschlägert werden.

Die österreichische Unterstützung der Nationalparkverwaltungen des Semien Mountains- und des Alatish-Nationalparks sichert den Erhalt der Artenvielfalt in den Naturgebieten Nord-Gondars. Jährlich locken diese rund 16.000 Trekking-TouristInnen an. Der sanfte Tourismus bietet der Bevölkerung in den umliegenden Dörfern neue Einkommensmöglichkeiten mit Jobs wie Bergführer, Koch oder Souvenirhändler. Auch die Übernachtungsgebühren kommen direkt den DorfbewohnerInnen zugute.

Umgesetzt wird das Programm in enger Zusammenarbeit mit lokalen Behörden. Die Partnerschaft der Universität für Bodenkultur Wien mit den äthiopischen Universitäten in Bahr Dar und Gondar sorgt für die Ausbildung von Fachpersonal in der Region. Das Programm hilft, die Abhängigkeit von externer Nothilfe zu verringern. Die Aussichten sind gut für die rund 15.000 Familien, die davon profitieren.



Semien Mountains Nationalpark: bessere Lebensbedingungen durch nachhaltige Nutzung der Ressourcen

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien

Schwerpunkte

- Gesundheitsversorgung
- Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 5.446.204 Euro für die bilaterale Kooperation mit Äthiopien bereit.

BHUTAN

Besser umgehen mit dem Klimawandel

Ende Oktober 2012 heulten 17 Sirenen durch das Punakha-Wangdue-Tal in Bhutan. Ruhig verließen die SiedlerInnen entlang des Flusses Pho Chhu ihre Häuser und stiegen zu höhergelegenen Versammlungspunkten auf. Es war ihre erste Katastrophenübung. Wenige Monate zuvor hatten sie in der Gemeindeversammlung gelernt, wie man sich im Ernstfall richtig verhält, zum Beispiel beim Ausbruch eines Gletschersees, einer der größten Naturgefahren des Landes. Als 1994 der Luggye-See über seine natürliche Begrenzung trat, rissen die Geröll- und Wassermassen im Tal 23 Menschen in den Tod, zerstörten Acker- und Weideland und verwüsteten große Teile des Phunakha Dzong, eines der bedeutendsten kulturellen und religiösen Bauwerke Bhutans.

Eine akute Bedrohung stellt auch der Thorthomi-See dar, dessen Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit von seiner Beschaffenheit herrührt. Er besteht aus einer Reihe kleiner Seen, die nur durch Eisdämme getrennt sind. Bereits vor mehr als zehn Jahren legten österreichische WissenschaftlerInnen der bhutanischen Regierung nahe, den Wasserspiegel des Sees um fünf Meter zu senken und für einen kontinuierlichen Abfluss zu sorgen. 2008 wurde das Vorhaben mit Mitteln des Fonds der internationalen Klimakonvention und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit schließlich in Angriff genommen. Die Voraussetzungen waren denkbar schwierig, das Unternehmen logistisch herausfordernd und gefährlich: Der See liegt zehn Tagesmärsche von der letzten befahrbaren Straße entfernt und ist nur während der drei Sommermonate zugänglich. Bis zu 300 Arbeiter hoben in jedem der vier Sommer in mühevoller Handarbeit und meist bis zur Hüfte im eiskalten Wasser stehend über 20.000 m³ Stein und Geröll aus den Abläufen des Sees. So konnten sie die Gefahren für die im Tal lebenden Menschen mindern. Erst im September 2012 konnten die Arbeiten abgeschlossen werden.

Die globale Erderwärmung macht den kleinen Himalaya-Staat mit 670 Gletschern und 2.600 Gletscherseen besonders anfällig für Gletscherseeausbrüche. Durch die Einrichtung eines Frühwarnsystems mit sechs verschiedenen Mess-Stationen, eines Datenzentrums und die Installation von Warnsirenen sollen künftig Katastrophen wie die von 1994 vermieden werden. Außerdem wurden speziell betroffene Gefahrenzonen eingegrenzt und intensive Informations- und Schulungsveranstaltungen in den rund 40 Gemeinden des Phunakha-Wangdue- und des benachbarten Chamkhar-Tals durchgeführt. Zum Abschluss des Projektes bot im Dezember 2012 eine internationale Konferenz über Gletscherseeausbrüche ExpertInnen aus der Region und der ganzen Welt die Gelegenheit, ihre Erfahrungen auszutauschen.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Bhutan

Schwerpunkte

- Energie
- Tourismus
- Gute Regierungsführung

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2.470.122 Euro für die bilaterale Kooperation mit Bhutan bereit.

17 Sirenen warnen jetzt im Punakha-Wangdue-Tal vor Gefahren.



BURKINA FASO

Der Bedarf bestimmt die Maßnahmen

Hamadou Diakité ist ein betagter Rinderzüchter. Täglich beliefert er die Molkerei von Dédougou und erwirtschaftet mit der Milch ein für burkinische Kleinbauern recht stattliches Einkommen. „Ich verdiene jetzt täglich 6.000 Francs. Mit dem regelmäßigen Einkommen kann ich gut für meine Familie sorgen, das Schulgeld für meine Kinder zahlen und mir sogar eine Brille kaufen“, freut sich Herr Diakité.

Die Molkerei entstand auf Initiative lokaler Bauernvereine mithilfe einer Förderung aus dem Fonds eines Entwicklungsprogramms der Lokalregierung für die Region Boucle de Mouhoun. Mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit stellt der Fonds Mittel für Initiativen wie Bienen- oder Geflügelzucht, Gemüse- und Getreideanbau, die Lagerung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln oder Seifenerzeugung bereit. Dies schafft neue Einkommensmöglichkeiten und verbessert die Lebensbedingungen der Menschen. Außerdem wurde ein Frauenzentrum in Fara mit Geräten ausgestattet, damit sich die Frauen mit Handwerksarbeiten etwas dazuverdienen können.

Das Regionalentwicklungsprogramm ermöglichte auch berufliche Fortbildung für 500 Personen – mehr als 40 Prozent davon waren Frauen – und finanzierte Infrastruktureinrichtungen wie Trinkwasserbrunnen, Marktstände und kleine Geschäftslokale, Viehmärkte und -impfstationen, Kleinbiogasanlagen oder eine innovative Mülltrennanlage in der Kleinstadt Tougan.

Partizipation, Dezentralisierung und Eigenverantwortung spielen in Burkina Fasos Entwicklungspolitik eine wichtige strategische Rolle. Die Entwicklungspläne der Regionen und Gemeinden werden weitgehend unter Einbeziehung der BürgerInnen erstellt. Mit dem Fonds für Regionalentwicklung verfügt der Regionalrat über ein wirkungsvolles Instrument zur Entwicklungsfinanzierung. Lokale Gruppen können mit Unterstützung der Gemeinden ihre Vorschläge einreichen. Dabei orientieren sie sich am tatsächlichen Bedarf. Die Gemeinden überprüfen, ob die Vorhaben den lokalen Entwicklungsplänen entsprechen, ein Ausschuss aus VertreterInnen lokaler Behörden und Interessengruppen entscheidet, welche Projekte finanziert werden.



Der Regionalentwicklungsfonds fördert gute Ideen lokaler Initiativen wie diese Molkerei in Dédougou.

Der Regionalentwicklungsfonds hat sich als Instrument zur Ernährungssicherung, zur Schaffung von Einkommen und zur Ankurbelung der lokalen Wirtschaftsentwicklung bewährt. Die regionale Getreideproduktion ist innerhalb von drei Jahren um sieben Prozent gestiegen; alle unterstützten Kleinbetriebe können heute ihre Betriebskosten zu mindestens 90 Prozent selbst decken. Die Gemeinden und Vereine haben nun das Know-how, Projekte und Investitionen selbstständig durchzuführen. Zur Nachhaltigkeit tragen Fortbildungen und Umweltschutz bei. Für den Schutz der natürlichen Ressourcen machen sich die Behörden der Region Boucle de Mouhoun angesichts des Klimawandels nun mit Nachdruck stark.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso

Schwerpunkte

- Berufsbildung
- Förderung von Handwerk und Aufbau von Kleinbetrieben
- Ländliche Entwicklung

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 4.596.670 Euro für die bilaterale Kooperation mit Burkina Faso bereit.

KOSOVO

Wege in ein besseres Leben

Die 14-köpfige Familie Hoti lebte vom Salat-Anbau auf rund vier Hektar Land. Die Erträge reichten gerade einmal dafür, die Familie zu ernähren, aber nicht, um den Betrieb auszubauen. Mit einer Subvention des lokalen Entwicklungsfonds baute Liman Hoti einige Glashäuser. Dadurch konnte er die Freiluftsaison verlängern, denn nun ist der Salat geschützt. Die Rechnung ging auf: Die Salaternte hat sich vervierfacht. In Fortbildungsveranstaltungen der Gemeinde holt sich Liman Hoti das notwendige Wissen, um seinen Betrieb zu modernisieren und die Produktion anzukurbeln. Weitere Glashäuser sind geplant. Wenn alles gut läuft, will Liman Hoti auch zusätzliches Land pachten. „Die Landwirtschaft ist unsere einzige Einkommensquelle. Wir müssen hart für unsere Erträge arbeiten und sind daher für die Unterstützung sehr dankbar“, erzählt er.

Ähnlich geht es Besar Kryeziu. Für 18 Familienmitglieder muss sein Einkommen aus dem Gemüseanbau reichen. Sein Plan für die Zukunft ist ein gekühlter Lagerraum, in dem das Gemüse frisch gehalten wird. „So könnte ich für meine Produkte bessere Preise erzielen“, ist Kryeziu überzeugt. Aber das Geld reicht nicht aus. Auch er will beim lokalen Entwicklungsfonds um eine Förderung ansuchen.

Wie die Familien Hoti und Kryeziu leben 80 Prozent der Bevölkerung der Gemeinde Suhareka/Suva Reka im Südosten des Kosovo von der Landwirtschaft. Vor allem Gemüse bauen sie an. Ein Regionalentwicklungsprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Bauern und Bäuerinnen und fördert die ländliche Entwicklung der Region. Insgesamt stehen 3,6 Millionen Euro für verschiedenste Maßnahmen zur Verfügung. Davon stellt Österreich für den lokalen Entwicklungsfonds bis Ende 2014 insgesamt 2 Millionen Euro bereit. Die BewerberInnen müssen einen Geschäftsplan einreichen und den Eigenanteil an den geplanten Investitionen darlegen. Eine unabhängige Fachjury entscheidet dann über die Vergabe der Mittel.

Neben dem Fonds unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Gemeinde Suhareka/Suva Reka beim Aufbau eines Gemeinde-Entwicklungszentrums, in dem die Bauern und Bäuerinnen über nachhaltige Anbaumethoden, verbesserte Viehzucht, optimierte Lagermethoden, Vermarktung und Absatzmärkte informiert werden. Außerdem werden die MitarbeiterInnen des Zentrums sowie Gemeindebedienstete, aber auch die LandwirtInnen in Trainings geschult.

**Lokale Entwicklungs-
fonds helfen Bauern und
Bäuerinnen dabei, die
Ernte zu verbessern.**



Über die Betriebsansiedlung und -förderung des Gemeinde-Entwicklungszentrums kommen die Serviceleistungen auch anderen Klein- und Mittelbetrieben zugute. Mit dem neu erworbenen Know-how konnte die Gemeinde bei der EU und den USA bereits erfolgreich Strukturförderungen in der Höhe von rund 650.000 Euro beantragen.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit dem Kosovo

Schwerpunkte

- Bildung und Jugend
- Ländliche Entwicklung
- Privatsektorentwicklung

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2.234.581 Euro für die bilaterale Kooperation mit dem Kosovo bereit.

REPUBLIK MOLDAU

Moderne IT-Ausbildung für die moldauische Jugend

In der Republik Moldau werden dringend qualifizierte Nachwuchskräfte für die IT-Branche gesucht. Die meisten IT-AbsolventInnen berufsbildender Schulen sind jedoch nicht mehr als einfache UserInnen, ohne vertieftes Wissen in Programmieren oder Netzwerk- und Serverbetreuung. Auch an den speziell im IT-Bereich erforderlichen Englischkenntnissen mangelt es meistens. Es bedarf daher dringend fachspezifischer Qualifizierungsmaßnahmen. Für zeitgemäßen und an die Bedürfnisse des globalisierten Arbeitsmarktes angepassten EDV-Unterricht fehlen in Moldau jedoch die Voraussetzungen: Die Ausbildung an den Berufsschulen ist nicht auf dem aktuellsten Stand, die Geräte sind veraltet und auch die Curricula entsprechen nicht modernen Standards. „Bisher hat das Lehrpersonal in den Lehrinhalten der IT-Fächer die Anforderungen des Arbeitsmarktes eher intuitiv berücksichtigt“, erklärt Liuba Obada, IT-Lehrerin an der berufsbildenden Schule für Informatik. „Dies soll sich nun aber grundlegend ändern, denn die Arbeitgeber setzen hohe Erwartungen in unsere Absolventen. Wir werden die Curricula für berufsbildende Schulen also in enger Zusammenarbeit mit IT-Firmen und IT-Fachleuten entwickeln und so an die tatsächlichen Erfordernisse anpassen“, so die Lehrerin abschließend.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihr Partnerland bei der Verbesserung des Unterrichts und der Modernisierung der Ausstattung. In enger Abstimmung mit der Technischen Universität Moldaus wird die EDV-Ausbildung an fünf berufsbildenden Schulen qualitativ weiterentwickelt und anschließend in einem Schulversuch erprobt. Die Pilotschulen werden technisch aufgerüstet und die LehrerInnen in modernen Lehrmethoden fortgebildet. In bestens ausgestatteten Computerlaboren werden künftige NetzwerktechnikerInnen, ProgrammiererInnen und andere SpezialistInnen qualifiziert. Außerdem erhalten sie fachspezifischen Englischunterricht. Auf Studienreisen in Partnerländer wie zum Beispiel Österreich tauschen sie sich mit ihren FachkollegInnen aus und profitieren von deren Erfahrungen.

Die intensive Einbindung von insgesamt 35 IT-Firmen sorgt für Praxisnähe. Durch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor erhalten die angehenden IT-SpezialistInnen erstmals die Möglichkeit, in realen Unternehmen Praktika zu absolvieren und so ihr Wissen in einem konkreten Arbeitsumfeld zu erproben. Dies steigert nicht nur ihre praktischen Fähigkeiten, sondern fördert auch Teamgeist, Eigeninitiative und soziale Kompetenz – zentrale Schlüsselqualifikationen in der modernen Arbeitswelt.

Durch die Maßnahmen erhalten ca. 250 Personen beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die IT-Branche hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Langfristig sollen die Studierenden aller berufsbildenden Schulen Moldaus von den Verbesserungen profitieren.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Moldau

Schwerpunkte

- Wasser und Abwasserentsorgung
- Wirtschaft und Beschäftigung mit Fokus auf Berufsbildung im ländlichen Raum

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 1.186.493 Euro für die bilaterale Kooperation mit der Republik Moldau bereit.



Eine moderne IT-Ausbildung eröffnet Mädchen neue Berufsperspektiven.

MOSAMBIK

Besseres Leben durch nachhaltige Landwirtschaft

Etwa 70 Prozent der EinwohnerInnen Mosambiks leben in zum Teil sehr abgelegenen Gegenden. Die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind von den Erträgen abhängig, die sie auf ihren durchschnittlich einen halben bis zwei Hektar großen Feldern erwirtschaften. Häufig fehlt es an modernen Technologien, verbessertem Saatgut und an der notwendigen Infrastruktur zur Bewässerung, um das Einkommen über das Existenzminimum anzuheben.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher gemeinsam mit anderen bi- und multilateralen Gebern die Umsetzung der „Nationalen Strategie für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors“ (PEDSA). Die Regierung in Maputo will damit den Landwirtschaftsbereich, der auch Forstwirtschaft und Fischerei umfasst, als wichtigste Säule der sozioökonomischen Entwicklung zu einem nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Sektor ausbauen. Dies soll die Ernährung der Bevölkerung langfristig sichern und das Einkommen der ländlichen Haushalte steigern.

Aufgrund der positiven Erfahrungen aus österreichischen Programmen ist der Einsatz innovativer und ressourcenschonender Anbautechniken und Technologien zentraler Bestandteil der Strategie. Die Investitionen sind sektorübergreifend geplant und berücksichtigen im Sinne des Nexus-Ansatzes auch die Auswirkungen auf die Wasser- und Energieversorgung sowie die Infrastruktur für Transport und Handel. Die Finanzierung erfolgt jeweils über die zuständigen Ministerien.

PEDSA wurde in Anlehnung an das „Comprehensive Africa Agriculture Development Programme“ (CAADP) der Afrikanischen Union erstellt, mit dem landwirtschaftliches Wachstum, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit auf dem Kontinent gefördert werden sollen. Die teilnehmenden Staaten wie Mosambik verpflichten sich, rund zehn Prozent ihres Staatshaushalts für den Ausbau des Landwirtschaftssektors bereitzustellen, um die Armut zu reduzieren und die Agrarwirtschaft als zentralen Produktionsbereich zu etablieren.



Österreich unterstützt Mosambik bei der Modernisierung der Landwirtschaft.

Ende 2012 startete ein dreijähriges Programm, das in 13 Bezirken der Provinz Sofala mehr als 200 Bauernorganisationen mit über 4.000 Mitgliedern dabei unterstützt, die kleinbäuerlichen Betriebe auf nachhaltige und ergiebigere Produktion umzustellen und die Erträge besser zu vermarkten. Dafür werden zu Demonstrations- und Schulungszwecken eigene Anbauflächen eingerichtet, Infrastruktur für die Bewässerung und Lagerung gebaut, verbessertes Saatgut zu Verfügung gestellt und vor Ort technische Fortbildungen angeboten. Die LandwirtInnen werden in nachhaltigen Anbaumethoden geschult und lernen, ihre Produkte besser zu vermarkten. Sie können dadurch zusätzliches Einkommen lukrieren und ihre Existenz sichern. „Seit ich die verbesserten Anbautechniken anwende, haben sich meine Erträge und mein Einkommen spürbar erhöht“, freut sich beispielsweise Manual João, ein Landwirt aus dem Distrikt Nhamatanda, der an einer Fortbildung im Trainingszentrum für technologischen Wissenstransfer in Maputo teilgenommen hat.

Neben dem Weiterbildungsangebot erhalten die Bauern und Bäuerinnen Informationen darüber, wie sie zu Geburtsurkunden und Personaldokumenten kommen, die sie zur rechtlichen Absicherung ihrer Landtitel benötigen.

Die öffentlichen Institutionen der Provinz und der Bezirke, die für den Landwirtschaftsbereich zuständig sind, werden gestärkt und die MitarbeiterInnen in Management und Monitoring ausgebildet.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Mosambik

Schwerpunkte

- Dezentralisierung mit Fokus auf Landwirtschaft und Wasserversorgung

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 5.644.353 Euro für die bilaterale Kooperation mit Mosambik bereit.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

Kampf gegen nicht übertragbare Krankheiten

Die Menschen in den Palästinensischen Gebieten leben unter besonders prekären Bedingungen. Der psychische Stress durch die andauernde Besatzung, ungesunde Ernährung, der Mangel an Bewegung der städtischen Bevölkerung sowie hoher Nikotinkonsum führen zu gesundheitlichen Beschwerden und häufig sogar zum Tod. Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Störungen, Krebs, chronische Atemwegsbeschwerden und psychische Leiden verursachen steigende Kosten und gefährden die Aufrechterhaltung des palästinensischen Gesundheitssystems. Denn ohne rasche und wirksame Maßnahmen stellt sich bald die Frage nach dessen Finanzierbarkeit.

Das Gesundheitsministerium in Ramallah beschloss daher die Einrichtung eines Zentrums zur Aufklärung, Erforschung und Behandlung von nicht übertragbaren Krankheiten. Auch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit beteiligte sich an den Kosten. Der österreichische Beitrag floss vor allem in die Ausstattung, in die Schulung des Klinikpersonals, in die Entwicklung von Ausbildungsplänen sowie in Aufklärungskampagnen.

In der im Zentrum integrierten Klinik für nicht übertragbare Krankheiten werden täglich bis zu 130 PatientInnen aus dem gesamten Westjordanland behandelt. Das Angebot anderer spezialisierter Dienste soll je nach Bedarf erweitert werden.



Das Zentrum zur Behandlung chronischer Krankheiten in Ramallah wurde von Österreich mitfinanziert.

Die kontinuierliche Ausbildung des Fachpersonals garantiert die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der PatientInnen. Speziell die komplizierten und schweren Fälle profitieren davon. „Meine offene, durch chronische Diabetes verursachte Wunde am Fuß hat sich durch die Behandlung hier im Zentrum wieder geschlossen. Jetzt kann ich fast wieder normal gehen“, freut sich eine alte Frau.

Ein wesentlicher Punkt ist vor allem, einen Schritt früher anzusetzen und durch Prävention die Entstehung von Krankheiten von vornherein zu verhindern. Öffentliche Aufklärungskampagnen informieren daher über Risikofaktoren und vorbeugende Maßnahmen. Das höhere Bewusstsein in der Bevölkerung soll dazu beitragen, nicht übertragbare Krankheiten und deren Verbreitung zu reduzieren.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten

Schwerpunkte

- Gesundheitsversorgung
- Wasser
- Humanitäre Hilfe

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 3.485.998 Euro für die bilaterale Kooperation mit den Palästinensischen Gebieten bereit.

UGANDA

Rechtshilfe leicht gemacht

Die enge Zusammenarbeit aller ugandischen Institutionen, die für Rechtssicherheit, Justiz und die Förderung und Einhaltung der Menschenrechte zuständig sind, hat sich gelohnt: Die Bevölkerung kommt jetzt rascher und problemloser zu ihrem Recht. Mit vereinten Kräften habe man einen ganzheitlichen Zugang zur Sicherung von Rechtshilfe geschaffen, fasste der Präsident des Obersten Gerichtshofs und Vorsitzende des Sektors Justice, Law and Order die konzertierten Anstrengungen der vergangenen Jahre zusammen. In mittlerweile 18 Distrikten entstanden sogenannte Justiz-Zentren, die alle Institutionen unter einem Dach vereinen und umfassende Rechtshilfe nach dem Prinzip eines „One-stop-Shops“ bieten. Auch benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die sich keine Rechtsberatung oder einen juristischen Beistand für ihre Gerichtsverhandlung leisten können, wird kostenlos und unbürokratisch geholfen.

Ebenso in Angriff genommen wurde der Rückstau an anhängigen Gerichtsverfahren. Obwohl es weiterhin viel zu wenige Gerichte gibt und lediglich die Hälfte der Richterstellen besetzt ist, zeigen die Reformen und die verbesserte Koordination aller Institutionen erste Erfolge: Die Einführung außergerichtlicher Konfliktregelungen durch Mediation sowie spezielle Gerichtstage in den Landesdistrikten, an denen RichterInnen extra zur Bearbeitung offener Fälle anreisen, beschleunigen die anhängigen Verfahren. 86.000 Fälle wurden 2012 neu registriert, 116.000 Fälle konnten gelöst werden. In Zukunft sollen verstärkt ausgebildete MediatorInnen eingesetzt werden, um den Menschen bei der Lösung ihrer Konflikte zu helfen. Dies erspart den Streitparteien Zeit und Geld und entlastet die Gerichte.

Einen weiteren Fortschritt gab es im Wirtschaftsbereich durch eine gesetzliche Verbesserung: Seit Kurzem können Einzelpersonen eine Firma gründen. Deren Registrierung dauert nicht mehr wie bisher 30 Tage, sondern erfolgt nun innerhalb von 48 Stunden.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Uganda seit 1997 bei Reformen in der Justiz und der Organe der öffentlichen Ordnung, seit 2002 in Form einer Sektorfinanzierung gemeinsam mit anderen Gebern. Ein neuer ugandischer Aktionsplan, der 2012 verabschiedet wurde und die Prioritäten für die kommenden fünf Jahre festlegt, bildet künftig die Basis für die Kooperation in diesem Bereich.



Eine SchülerInnen-Tanzgruppe bei der Eröffnung eines Justiz-Zentrums in Westuganda.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda

Schwerpunkte

- Wasser und Siedlungshygiene
- Recht, Justiz und Frieden

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 6.679.129 Euro für die bilaterale Kooperation mit Uganda bereit.

AUSLAUFENDE PROGRAMME



Österreich unterstützt die Geschlechtergleichstellung in Bosnien und Herzegowina.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

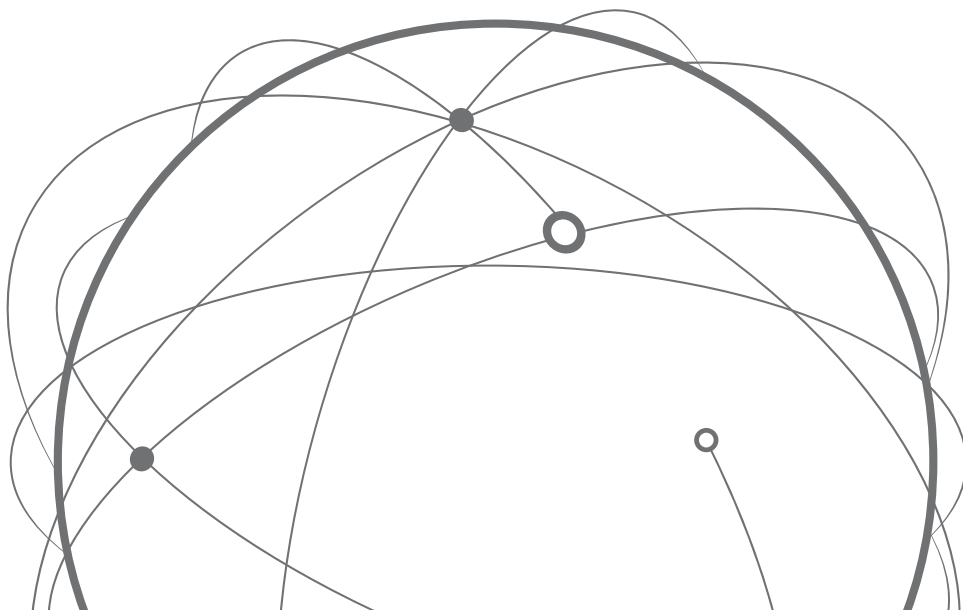
Mehr Rechte für Frauen und Kinder

Laut Gesetz sind in Bosnien und Herzegowina Frauen und Männer gleichgestellt. Die Realität sieht jedoch anders aus. Im öffentlichen und politischen Leben spielen Frauen kaum eine Rolle. Sie sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, sozial benachteiligt und häufig Opfer von Gewalt und Ausbeutung.

Dies soll sich mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig ändern. Ein Fonds zur Umsetzung des „Nationalen Gender-Aktionsplans“ zielt darauf ab, Geschlechtergleichstellung in allen Lebensbereichen zu verankern. Darüber hinaus geht es darum, in der Bevölkerung Bewusstsein für die Diskriminierung von Frauen, den ungleichen Zugang zu Ressourcen und die Feminisierung der Armut zu schaffen. Wie wichtig dies für das südosteuropäische Land ist, verdeutlicht Samra Filipovic-Hadžiabdic, Direktorin der Agentur für Geschlechtergleichstellung in Bosnien und Herzegowina: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern eine notwendige Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, vor allem für die Minderung der Armut und bessere Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung.“

In enger Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen setzt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit daher konkrete Maßnahmen: So wurde etwa an einer Grundschule in Sarajevo für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen ein Seminar zur Gleichstellung der Geschlechter und zum Thema Gewalt unter Jugendlichen abgehalten. Im Büro des Kinder-Ombudsmanns der Republika Srpska erhielten 35 junge BeraterInnen umfassende Schulungen zu Kinderrechten und Geschlechtergleichstellung. Die BeraterInnen geben ihr Wissen an Jugendliche weiter und informieren diese über ihre Rechte. 30 BeamtInnen des Innenministeriums im Kanton Tuzla erhielten eine Ausbildung für therapeutische Arbeit bei Gewalt in der Familie. Schulungen und Aufklärungsarbeit sollen erreichen, dass die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens Realität wird.

„Es ist unerlässlich, Bewusstsein für Geschlechtergleichstellung zu schaffen und mit Bildungsprogrammen das Wissen und die Qualifikationen von Frauen zu verbessern. Denn wir brauchen Frauen auch in Führungspositionen. Dafür müssen auch die Frauen selbst begreifen, dass sie Verantwortung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in ihrem Land tragen und übernehmen können“, so Irma Deljkic, Assistenzprofessorin an der Kriminalistischen Fakultät der Universität Sarajevo.



MAZEDONIEN

Das „Grüne Paket“ für Umwelterziehung

Kinder sind neugierig und haben meist ein natürliches Interesse an der Natur. Und sie geben ihr Wissen gerne an andere weiter. Der beste Beweis dafür ist das „Grüne Paket“, das in mazedonischen Grundschulen eingesetzt wird. Mit dem innovativen, multimedialen Unterrichtsmaterial haben bislang rund 100.000 Jugendliche im Alter von 10 bis 14 Jahren und 550 LehrerInnen ihr Umweltbewusstsein erweitert. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das Projekt seit einigen Jahren.

PädagogInnen und SchülerInnen sind gleichermaßen vom Umweltkoffer begeistert. Dieser enthält Diskussionsanregungen, Spiele, ein Quiz und viele konkrete Vorschläge für kleine Projekte, die die Jugendlichen nach dem Prinzip „Learning by Doing“ zu Hause oder in ihrer Gemeinde durchführen können. „Durch konkrete Tipps erfahren die Kinder, wie sie Wasser und Strom sparen oder in einem Versuch selbst Papier recyceln können“, so Kornelija Radovanovic vom Regionalen Umweltzentrum für Zentral- und Osteuropa (REC). Die LehrerInnen profitieren von den Vorschlägen zur Gestaltung des Unterrichts, die es ihnen erleichtern, das Paket ohne großen zusätzlichen Arbeitsaufwand in den Stundenplan einzubauen.

„Das Umweltbewusstsein in Mazedonien ist vielleicht deshalb noch nicht so gut ausgeprägt, weil viele Familien um ihre Existenz kämpfen und daher wenig Zeit für die Auseinandersetzung mit Umweltschutz haben“, erklärt Kornelija Radovanovic. Umso wichtiger ist es, die Jüngsten der Bevölkerung zu erreichen und so den rücksichtsvollen Umgang mit der Natur in der Gesellschaft zu etablieren. Denn über die Kinder werden auch deren Eltern, Verwandte und FreundInnen erreicht.

Das grüne Multimedia-Paket wurde in einer mehrjährigen intensiven Kooperation zwischen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, dem REC, dem Büro für entwicklungspolitische Bildung und dem mazedonischen Ministerium für Umwelt und Planung zusammengestellt. Die Materialien wurden auch in Braille-Schrift produziert und den Schulen für Kinder mit Sehbeeinträchtigungen in Skopje kostenlos zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der großen Nachfrage gibt es jetzt auch das „Grüne Paket Junior“ mit maßgeschneiderten Lehr- und Unterrichtsmaterialien für die Umwelterziehung von 6- bis 10-Jährigen. Es erschien in mazedonischer und albanischer Sprache in einer Auflage von 1.800 Stück.



Das „Grüne Paket Junior“ bietet maßgeschneidertes Material für Umwelterziehung an mazedonischen Volksschulen.

MONTENEGRO

Nachhaltige Entwicklung im Norden Montenegros

Naturbelassene Landschaft, malerische Seen, beeindruckende Baumriesen – der Nationalpark Biogradska Gora ist ein Paradies für Wanderer. Sechs Gemeinden des abseits gelegenen Naturschutzgebietes im Nordosten Montenegros haben sich zusammengeschlossen, um dieses Potenzial zu nutzen und durch nachhaltigen Tourismus die wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Region anzukurbeln.

Mit österreichischer Unterstützung wurden zahlreiche infrastrukturelle Verbesserungen geschaffen: etwa ein Ausstellungszentrum, energieeffiziente Berghütten, eine Unterkunft für Ranger, ein Bildungspfad sowie Wanderwege, Rastplätze und eine Fischzucht. Weiters wurden Wanderkarten erstellt und TourbegleiterInnen ausgebildet. Das nachhaltige Tourismuskonzept, das gemeinsam mit lokalen Tourismusorganisationen im Rahmen des nationalen Programms „Hiking & Biking“ umgesetzt wurde, zeigt Erfolg: Die Besuchszahlen steigen, viele neue Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Die aus der Partnerschaft der sechs Gemeinden entstandene Regionalentwicklungsagentur (RDA) engagiert sich auch für Projekte zur Stärkung der Gemeinden und der ganzen Region. Schwerpunkte sind Berg- und Agrotourismus, Kulturtourismus sowie Nationalpark- und Kommunalentwicklung. Ein Kleinprojektfonds ermöglicht die flexible Umsetzung von Vorhaben der sechs Partnergemeinden, von Tourismusunternehmen und der ländlichen Bevölkerung.



Nachhaltiger Tourismus soll die wirtschaftliche Entwicklung des Nordosten Montenegros fördern.

In der Abschlussphase geht es nun vor allem um die Stärkung der Managementkapazitäten der Regionalentwicklungsagentur. 25 MitarbeiterInnen der RDA und der kommunalen Verwaltung lernen in Schulungen, Projekte eigenständig aufzusetzen und effizient abzuwickeln. In Trainings erhalten sie überdies wesentliches Know-how, um EU-Finanzierungsinstrumente effektiv nutzen zu können.

Darko Brajuskovic, ehemaliger Leiter des Nationalparks Biogradska Gora und Mitbegründer der RDA, blickt auf die langjährige Zusammenarbeit mit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zurück: „Besonders geschätzt habe ich, dass die Projekte immer sehr praxisorientiert und auf die Erfordernisse im Nationalpark sowie in den umliegenden Gemeinden zugeschnitten waren. Ich bin stolz darauf, dass es jetzt eine montenegrinische Regionalentwicklungsagentur gibt, die die Aufbauarbeit nachhaltig weiterführt. Die RDA und die Gemeinden werden gemeinsam dafür sorgen, innovative und nachhaltige Initiativen in die Region zu bringen und weitere Finanzierungsquellen zu erschließen.“



Manche Dörfer in den Karibikregionen Nicaraguas sind nur mit dem Boot zu erreichen.

NICARAGUA

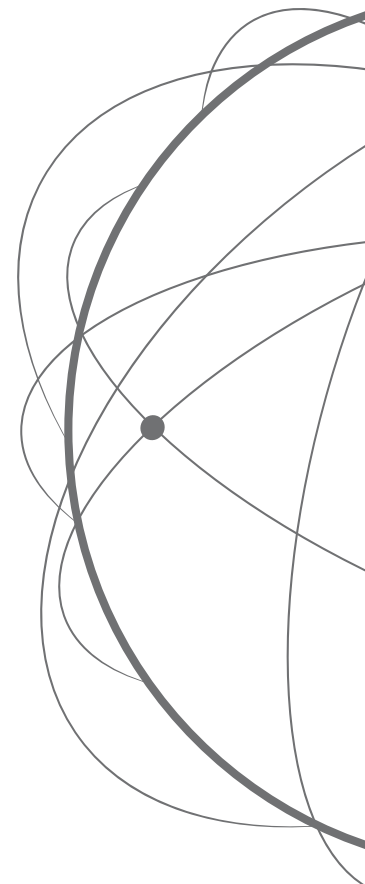
Rascher zu medizinischer Versorgung

Krankheit kann eine Ursache für Armut sein, aber auch eine Folge davon. Gerade in abgelegenen Regionen fehlt oft der Zugang zu Gesundheitsleistungen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit beteiligte sich daher in Nicaragua seit 2005 an einer Geberinitiative zur Umsetzung des „Nationalen Gesundheitsplans“. 2012 leistete sie dafür zum letzten Mal Beiträge. Das Programm zur medizinischen Grundversorgung in den Karibikregionen, das auch von Nichtregierungsorganisationen unterstützt wird, wird noch bis Mitte 2013 weitergeführt. Gefördert werden vor allem Frauen, Kinder und arme Bevölkerungsgruppen.

Durch die Dezentralisierung der Gesundheitsdienstleistungen werden die Entscheidungsbefugnisse und die Verteilung der Gelder den Bezirks- und Gemeindeverwaltungen übertragen. Dies garantiert eine bevölkerungsnah und besser an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasste Gesundheitsversorgung. Neben dem Ausbau und der Verbesserung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen werden in entlegenen Gemeinden Impf- und Informationskampagnen durchgeführt, lokale Hebammen ausgebildet und traditionelle Heilmittel in die medizinische Grundversorgung aufgenommen. Außerdem kommen immer wieder ÄrztInnen zu den PatientInnen, selbst wenn diese in Gebieten leben, die nur mit dem Boot zu erreichen sind.

Die Maßnahmen zeigen Erfolg: Die Wartelisten für Operationen haben sich um die Hälfte verkürzt, mehr als 90 Prozent aller Kinder werden jährlich geimpft, 60 Prozent der werdenden Mütter erhalten Schwangerschaftsvorsorge und die Müttersterblichkeit ist zwischen 2005 und 2009 um die Hälfte gesunken.

Außerdem verfügen nun etliche Gesundheitseinrichtungen der besonders armutsbetroffenen Karibikregionen über Mittel zur effizienten Betreuung von HIV/AIDS-Kranken. Valeria von der Acción Médica Cristiana, einem Partner der österreichischen Umsetzungsorganisation HORIZONT3000, berichtet: „Wir arbeiten eng mit dem Gesundheitsministerium zusammen. Jedes Trimester besuchen wir 35 Gemeinden entlang des Flusses Prinzapolka und besprechen Themen wie sexuelle Gesundheit und Fortpflanzung, aber auch Gewalt ist ein Thema.“ Die Gewalt an Frauen ist in diesen Gemeinden enorm, auch die Sterblichkeitsrate von Müttern ist viel höher als im nationalen Vergleich.



SERBIEN

Mit „Bio“ neue Märkte erschließen

Südserbien ist eine der ärmsten und labilsten Regionen Südosteuropas und braucht dringend wirtschaftliche Impulse. Durch die Umstellung auf biologische Landwirtschaft sollen nun neue Arbeitsplätze entstehen und die Wettbewerbschancen auf den lokalen und internationalen Märkten steigen.

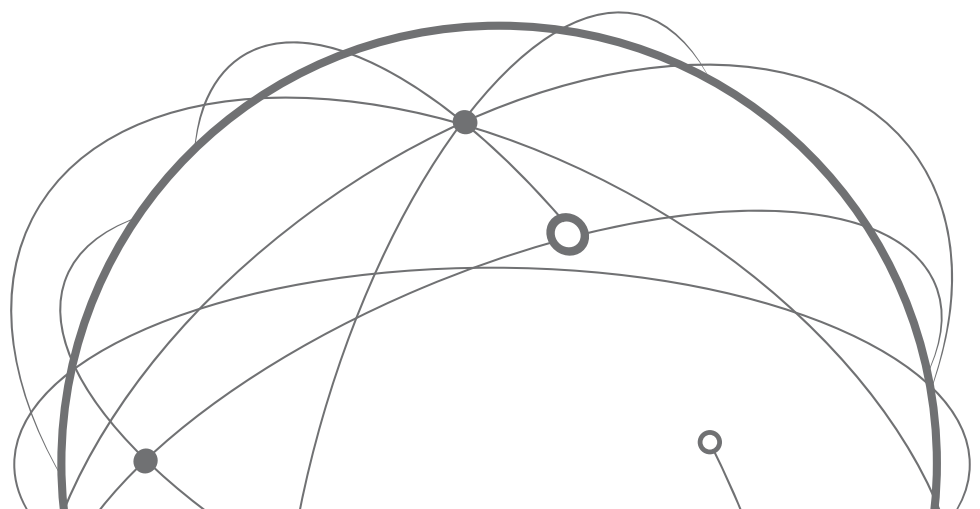
Zehn Biobauern und -bäuerinnen sowie fünf weiterverarbeitende Unternehmen in Südserbien werden derzeit ausgebildet und betreut, damit sie sich langfristig für das Bio-Zertifikat nach EU-Standards qualifizieren können. Die LandwirtInnen ausgewählter Betriebe erlernen einschlägige Produktionstechniken und Marketingmethoden und werden bei der Entwicklung und beim Vertrieb der ökologischen Erzeugnisse sowie von Waldprodukten unterstützt.



Südserbien setzt jetzt auf Bio-Anbau.

Die Federführung für die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen liegt bei der Regionalentwicklungsagentur der Bezirke Jablanica und Pcinja in Leskovac. Diese wurde mit Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut und führt bereits erfolgreich ein Projekt zur integrierten Regionalentwicklung in Südserbien durch. Zur Förderung der biologischen Landwirtschaft entsteht derzeit eine eigene Abteilung, die den Bauern und Bäuerinnen künftig das notwendige Wissen für den Bio-Landbau vermittelt. Mittelfristig soll es in Südserbien ein hochspezialisiertes Beratungsnetzwerk aus einschlägigen Dienstleistungsunternehmen und Genossenschaften geben.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt dieses Programm in enger Kooperation mit dem serbischen Landwirtschaftsministerium und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.



NRO-KOOPERATIONEN INTERNATIONAL

Nichtregierungsorganisationen setzen sich für Menschenrechte, Demokratie, Sicherheit und Frieden ein und sind daher auch in der Entwicklungszusammenarbeit wichtige Akteure. Die Kofinanzierung ermöglicht ein breites Spektrum an Maßnahmen, um die Zivilgesellschaft im Süden und Osten zu fördern und zu stärken.

Vernetzung und internationaler Dialog

Die ADA beteiligte sich am Strukturierten Dialog zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Parlament, internationalen Gebern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Behörden aus Nord und Süd. 2012 wurde zwischen multilateralen Institutionen und NRO ein Dialog auf Augenhöhe geführt, der in die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mündete. Dafür richteten die AkteurInnen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene Gremien ein mit dem Ziel, die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokaler Behörden in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

Selbstbestimmtes Leben von Frauen in Konfliktregionen

In vielen Entwicklungsländern ist die Diskriminierung von Frauen noch immer bittere Realität. Von Bildung und Erwerbsmöglichkeiten, politischer Mitsprache und Grundrechten ausgeschlossen, tragen Frauen die größte Last der Armut. Häufig werden sie aufgrund ihres Status als Witwen, Alleinerzieherinnen, ehemalige Kämpferinnen, Ex-Kindersoldatinnen oder Überlebende sexueller Gewalt stigmatisiert.

CARE unterstützte daher mit seinem Rahmenprogramm, das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit kofinanziert wird, erfolgreich Frauen in früheren Konfliktgebieten in Uganda, Burundi und Nepal. Damit sie ihre Rechte selbstbewusst und mit Nachdruck einfordern können, wurden rund 35.000 Frauen und deren Angehörige gestärkt und psychosozial betreut. Eine wichtige Komponente war auch die Arbeit mit Männern, um deren Rollenverhalten zu ändern und physische Gewalt einzudämmen.

Aufgrund der hohen Analphabetinnenrate boten Theateraufführungen eine kreative und wirksame Möglichkeit, alle Gemeindemitglieder einzubeziehen und für Frauenrechte zu sensibilisieren. Die Gründung von Kleinspargruppen ermöglicht es den Frauen, selbstständig für ihre Existenz zu sorgen. Frauennetzwerke stärken die Betroffenen in ihren Führungsrollen und fördern ihre Teilnahme am Friedensprozess.

„Der Beitritt zur Frauengruppe war einer der glücklichsten Momente in meinem Leben“, sagt Oyet Ancilia aus Uganda. Heute ist sie die Vorsitzende einer Frauenvereinigung und ermutigt und unterstützt andere Frauen. „In den Gruppen können wir Frauen über unsere Probleme sprechen, und auch der soziale Zusammenhalt wird gestärkt. Ich fühle mich verantwortlich und habe den Wunsch, etwas zu verändern.“

Durch gezielte Informationskampagnen wurden auch EntscheidungsträgerInnen auf Gemeindeebene einbezogen – denn ihr Verständnis und ihre Kooperationsbereitschaft sind wesentlich für die Überwindung ungleicher Machtstrukturen.



Ein CARE-Projekt stärkt erfolgreich Frauen in früheren Konfliktgebieten.

NRO-Kooperation International

Schwerpunkte

- Ländliche Entwicklung
- Verbesserung von Gesundheitsdienstleistungen
- Ernährungssicherung
- Siedlungshygiene
- Ausbildung, vor allem von Frauen und Jugendlichen
- Integration von Menschen mit Behinderungen
- Know-how-Transfer zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 13 Millionen Euro für die Kofinanzierung von NRO-Vorhaben in Entwicklungsländern bereit.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KOMMUNIKATION UND BILDUNG IN ÖSTERREICH

Unser Konsumverhalten hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern. Wer die Zusammenhänge versteht, kann die Welt im Kleinen verändern. Viele NRO engagieren sich, um in Österreich auf weltweite Missstände aufmerksam zu machen und alternative Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Läuft der nachhaltigen Entwicklung die Zeit davon?

Der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 gilt als wichtigster Meilenstein auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung. Die Resultate – Klimarahmen-, Biodiversitäts- und Wüstenkonvention sowie das Abschlussdokument Agenda 21 – sind bis heute richtungsweisend. 2012 wurde bei der Nachfolgekonzferenz Rio+20 Bilanz gezogen. Die Probleme haben sich in vielen Bereichen massiv verschärft. 20 Prozent der Weltbevölkerung nutzen 80 Prozent der Ressourcen auf eine Weise, die die Grenzen des Wachstums überschreitet und den Fortbestand des Planeten gefährdet. Ebenso rasch wächst die Kluft zwischen Arm und Reich sowohl innerhalb von Ländern als auch global. Für eine zukunftsfähige Entwicklung ist ein tiefgreifender Wandel erforderlich.

Diesen Mut zum Wandel propagierten mehr als 30 österreichische Umwelt- und Entwicklungsorganisationen der Initiative „Rio+20 – Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“. Über 60 Veranstaltungen in ganz Österreich zeigten konkrete Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft auf. Bei Konferenzen, Diskussionen, Ausstellungen, Filmtagen, Aktionen im öffentlichen Raum oder bei einem Jugend-Forum wurden Themen wie Umwelt, Ressourcen, Klima, Ernährung, Menschenrechte, Weltwirtschaft und Lebensstil aufgegriffen und eingehend erörtert.



Umwelt- und Entwicklungsorganisationen traten mit der gemeinsamen Initiative „Rio+20“ für mehr Nachhaltigkeit ein.

Die ADA förderte die Initiative aus Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit insgesamt rund 600.000 Euro und unterstützte bei Koordination, Wissensaustausch und Sichtbarkeit. Als zentrale Kontakt- und Koordinierungsstelle fungierte Klimabündnis Österreich. Enge Zusammenarbeit gab es mit dem Ökobüro, der AG Globale Verantwortung und der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung.

Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich

Schwerpunkte

- Globales Lernen
- Weltwirtschaft und Fairer Handel
- Menschenrechte
- Geschlechtergerechtigkeit
- Migration und Entwicklung
- Corporate Social Responsibility

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 4 Millionen Euro für Maßnahmen in der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung in Österreich bereit.

HUMANITÄRE HILFE

2012 unterstützte Österreich vor allem Menschen in den Dürregebieten in Burkina Faso, Mali und Niger sowie in Syrien und den vom syrischen Bürgerkrieg betroffenen Nachbarländern Jordanien und Libanon. Gemeinsam mit UN- und Rotkreuzorganisationen führten österreichische NRO umfassende Hilfsaktivitäten durch, die von Flüchtlings- über Nahrungsmittelhilfe bis hin zur Schaffung nachhaltiger Einkommensquellen für Menschen in Krisensituationen reichten. Außerdem unterstützte Österreich ein Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) für kongolesische Flüchtlinge in Uganda sowie die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) im Südsudan.

Hilfe für malische Flüchtlinge und LandwirtInnen in Burkina Faso

Die anhaltende Dürre und eine schlechte Ernte führten 2012 zu einer Nahrungsmittelkrise in Burkina Faso. Der Flüchtlingsstrom infolge des Bürgerkriegs in Mali verschärfte die prekäre Ernährungssituation. In der Provinz Soum im Norden des Landes verbesserte HOPE'87 mit österreichischer Unterstützung die Lebenssituation von rund 18.000 Menschen. 466 Tuareg-Flüchtlingsfamilien erhielten Zelte und wurden mit Reis, Speiseöl, Salz, Zucker und Seife versorgt. Parallel dazu wurden verschiedene Maßnahmen gesetzt, die den 1.900 ortsansässigen Familien und den Flüchtlingen helfen sollen, ihre Existenz zu sichern und sich für künftige Krisenzeiten besser zu wappnen. Unter anderem wurden rund 39.000 Tiere in einer Impfkation gegen verschiedene Krankheiten immunisiert. Mit Kleintierzucht können nun viele Frauen für sich und ihre Kinder eine stabilere Lebensgrundlage schaffen und ihre Ernährungslage verbessern.

Humanitäre Hilfe

Insgesamt wickelte die ADA 2012 humanitäre Hilfe in der Höhe von 7,45 Millionen Euro ab. Der Großteil stammte aus dem Auslandskatastrophenfonds, ein kleinerer Teil aus dem Budget der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.



Flüchtlingsfamilien in Burkina Faso wurden mit Nahrungsmitteln und Seife versorgt.

Gutes Kartenmaterial soll den Wandertourismus in Albanien fördern.



WIRTSCHAFT ALS PARTNER

Das Engagement privatwirtschaftlicher Akteure gewinnt in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit immer mehr an Bedeutung. Über das Programm Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit fördern die ADA und die Oesterreichische Entwicklungsbank gute Geschäftsideen mit entwicklungspolitischem Mehrwert – ein Gewinn für alle, wie das folgende Beispiel zeigt.

Auf neuen Pfaden

Mit seinem landschaftlichen und kulturellen Reichtum verfügt Albanien über enormes touristisches Potenzial. Dennoch wird das Balkanland nur spärlich von ausländischen Gästen besucht. Dass das reizvolle, nahezu unberührte Hinterland bisher kaum erschlossen und für nachhaltigen Tourismus genutzt wurde, liegt nicht zuletzt am fehlenden Kartenmaterial.

Durch eine Wirtschaftspartnerschaft mit dem Wanderkartenhersteller Huber Kartographie stehen nun erstmals Karten zur Verfügung, mit denen Wanderer und RadfahrerInnen ihre Reisen und Ausflüge in das ländliche Albanien planen können. Neun Wander- und Radkarten im Maßstab 1:50.000 werden bis Ende 2013 auf den Markt kommen und es UrlauberInnen ermöglichen, die abgelegenen und bisher verborgenen Schönheiten des Landes zu erkunden. „Mit der Bereitstellung von Freizeitkarten wird sanfter und nachhaltiger Tourismus im Landesinneren gefördert“, erklärt Huber-Kartograph Ralph Bonas, der das Projekt gemeinsam mit dem albanischen Geologen Kujtim Onuzi von der Polytechnischen Universität Tirana initiierte. Davon profitieren nicht nur die TouristInnen, sondern ebenso die EinwohnerInnen. Denn neben den Sehenswürdigkeiten sind auch Gaststätten in den Karten eingezeichnet. Dadurch steigt die Zahl der Gäste und entstehen zusätzliche dringend benötigte Einkommensmöglichkeiten in den strukturschwachen Regionen des Landes.

Wie bei allen Wirtschaftspartnerschaften steht auch hier der entwicklungspolitische Nutzen gleichberechtigt neben dem betriebswirtschaftlichen Gewinn. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, die die touristische Entwicklung der Balkanregion schon seit Jahren strategisch verfolgt, geht nun mit einem privatwirtschaftlichen Partner auf eine neue, innovative Art und Weise ein Stück des Weges. Seit Juni 2012 sind die ersten beiden Rad- und Wanderkarten in einer Auflage von 4.000 Stück im Fachhandel erhältlich. Mittlerweile wird an Smartphone-Apps gearbeitet, damit auch elektronisch auf Miniscreens punktgenaue Orientierung möglich ist.

Wirtschaft und Entwicklung

Schwerpunkte

- Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Partnerländern für privatwirtschaftliches Engagement
- Förderung des Privatsektors in den Partnerländern
- Stärkere Einbeziehung des Privatsektors in die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit durch Wirtschaftspartnerschaften

2012 stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit insgesamt 3.423.762 Euro zur Förderung von Maßnahmen im Bereich Wirtschaft und Entwicklung bereit. Davon kamen 617.134 Euro von der Oesterreichischen Entwicklungsbank.

Zahlen und Fakten

Bilanz zum 31. Dezember 2012 (Beträge in Euro)

	31.12.2012	31.12.2011
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. EDV-Software	85.741,73	40.444,15
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
a. Bauten in fremden Gebäuden (Adaptierung Büro Wien)	24.798,48	38.603,18
b. Ausstattung Büro Wien und Koordinationsbüros	65.270,20	124.356,84
c. Kraftfahrzeuge Koordinationsbüros	42.885,23	94.713,07
	<u>132.953,91</u>	<u>257.673,09</u>
III. Finanzanlagen		
1. Fondsanteile EFSE	1,00	1,00
Summe Anlagevermögen	<u>218.696,64</u>	<u>298.118,24</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		
a. Forderungen operationeller Bereich	49.412.151,37	59.466.408,73
b. Forderungen ICM-Verträge	22.743.666,21	5.063.551,66
c. Rückforderungen operationeller Bereich	805.903,04	325.212,68
d. Sonstige Forderungen administrativer Bereich	39.112,67	41.666,12
	<u>73.000.833,29</u>	<u>64.896.839,19</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
a. Kassa und Bankguthaben operationeller Bereich	19.666.446,11	5.288.061,72
b. Kassa und Bankguthaben ICM-Verträge	5.238.463,95	4.403.283,32
c. Kassen und Bankguthaben administrativer Bereich	9.194.452,28	9.592.343,90
	<u>34.099.362,34</u>	<u>19.283.688,94</u>
Summe Umlaufvermögen	<u>107.100.195,63</u>	<u>84.180.528,13</u>
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>74.425,23</u>	<u>103.171,49</u>
Summe Aktiva	<u>107.393.317,50</u>	<u>84.581.817,86</u>

	31.12.2012	31.12.2011
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	70.000,00	70.000,00
II. Kapitalrücklagen		
1. Nicht gebundene Kapitalrücklage	802.997,75	802.997,75
III. Gewinnrücklagen		
1. Rücklage Aufgaben ADA	6.805.868,60	7.651.427,19
2. Rücklage für nicht rückzahlbare Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln	218.695,29	298.116,75
3. Gesetzliche Rücklage	7.000,00	7.000,00
	<u>7.031.563,89</u>	<u>7.956.543,94</u>
	7.904.561,64	8.829.541,69
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	184.978,00	188.296,00
2. Sonstige Rückstellungen		
a. Rückstellungen operationeller Bereich	4.893.000,00	0,00
b. Rückstellungen administrativer Bereich	618.210,00	441.818,00
	<u>5.696.188,00</u>	<u>630.114,00</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	331.150,46	199.554,47
2. Sonstige Verbindlichkeiten		
a. Verbindlichkeiten operationeller Bereich	62.608.635,23	65.079.684,13
b. Verbindlichkeiten OeEB-Verträge	2.382.866,29	0,00
c. Verbindlichkeiten ICM-Verträge	27.982.130,16	9.466.834,98
d. Verbindlichkeiten administrativer Bereich	221.657,99	238.206,95
	<u>93.526.440,13</u>	<u>74.984.280,53</u>
davon aus Steuern	70.825,64	79.913,52
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	135.528,37	132.817,98
D. Passive Rechnungsabgrenzung	<u>266.127,73</u>	<u>137.881,64</u>
Summe Passiva	<u>107.393.317,50</u>	<u>84.581.817,86</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit von 1. Jänner bis 31. Dezember 2012

	2012 in EUR	2012 in EUR	2011 in TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge			
a. Zuwendungen zur Durchführung operationeller Maßnahmen	83.552.908,97		87.037
b. Administrative Maßnahmen			
Basisabgeltung	9.619.000,00		10.546
Erträge aus Leistungen an Dritte	358.179,39		160
Erträge aus Anlagenabgängen	29.231,32		9
Sonstige Erträge	284.022,74	10.290.433,45	74
		93.843.342,42	97.826
2. Aufwendungen für operationelle Maßnahmen			
a. Aufwendungen zur Durchführung operationeller Maßnahmen	-69.651.144,23		-81.650
b. Verwendung/Dotation Abgrenzung operationelle Maßnahmen	-15.681.721,90		-5.778
		-85.332.866,13	-87.428
3. Personalaufwand			
a. Lokales Personal Ausland inklusive Sozialabgaben	-608.112,27		-695
b. Gehälter	-4.683.958,90		-4.890
c. Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-72.189,60		-74
d. Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und sonstige Beiträge	-1.052.187,76		-1.098
e. Sonstige Sozialaufwendungen	-83.710,26		-88
f. Gehalts- und Pensionskostenrefundierung BMeiA	-349.522,32		-333
g. Gehaltskosten Personalentsendung ADB	-111.999,65		-21
		-6.961.680,76	-7.199
4. Abschreibungen			
a. Auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-221.438,69		-277
b. Sofortabschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter	-7.011,71		-5
		-228.450,40	-282
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Übrige		-2.535.281,66	-2.230
6. Zwischensumme aus Z 1 bis Z 5		-1.214.936,53	687
7. Finanzerfolg			
Zinsenerträge aus Bankguthaben		289.956,48	414
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-924.980,05	1.101
9. Auflösung Rücklage Aufgaben ADA, Umwidmung für operationelle Maßnahmen		1.290.966,63	0
10. Jahresergebnis nach Umwidmung Rücklage		365.986,58	1.101
11. Auflösung Rücklage nicht rückzahlbare Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln		223.234,21	285
12. Zuweisung Rücklage nicht rückzahlbare Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln		-143.812,75	-95
13. Zuweisung Rücklage Aufgaben ADA		-445.408,04	-1.291
14. Bilanzgewinn		0,00	0

Operative Mittel der ADA (gesamt), Drittmittel, Verwaltungsaufwand

Netto-Auszahlungen 2010, 2011 und 2012 in Mio. Euro

ADA – operative Mittel	2010	2011	2012
OEZA – ODA	94,13	82,49	66,23
davon ERP-Mittel	8,67	8,50	7,30
Leistungen außerhalb der ODA*	0,02	0,01	0,01
operative Mittel gesamt	94,15	82,50	66,24
Drittmittel**	9,84	4,79	10,12
Umsatz gesamt	103,99	87,29	76,36

Verwaltungsaufwand	2010	2011	2012
ADA, laufender Betrieb – Basisabgeltung	10,56	9,33	8,91
ADA, laufender Betrieb – Drittmittel**	0,14	0,27	0,32

* Leistungen, die nicht der ODA-Definition lt. den Richtlinien des OECD/DAC entsprechen. Diese werden in den weiteren Detailauswertungen nicht mehr berücksichtigt, da sie sich rein auf ODA-relevante Finanzflüsse beziehen.

** 2010 gelangten im operativen Bereich Drittmittel von BMeiA, BMF, BMLFUW, BMWFJ, des Auslandskatastrophenfonds und des Landes Steiermark sowie der Europäischen Kommission, des Auswärtigen Amtes von Liechtenstein und der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zur Auszahlung. Die Drittmittel im administrativen Bereich stammten von BMeiA, BMF, BMWFJ und EK. 2011 zahlte die ADA im operativen Bereich Drittmittel aus dem Auslandskatastrophenfonds sowie von BMeiA, BMF und BMWFJ, der EK, des Auswärtigen Amtes von Liechtenstein sowie der DEZA aus. Im administrativen Bereich wurden Mittel des BMeiA, des BMF und des BMWFJ umgesetzt. 2012 wurden im operativen Bereich Beiträge aus dem Auslandskatastrophenfonds sowie von BMF, BMeiA, der Oesterreichischen Entwicklungsbank, der EK und der DEZA ausgezahlt. Im administrativen Bereich wurden Mittel des BMeiA sowie des BMF umgesetzt.

Verteilung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA nach Regionen

Netto-Auszahlungen 2010, 2011 und 2012 in Mio. Euro und %

OEZA – ODA Region	2010		2011		2012	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Europa	18,80	19,97	11,12	13,48	13,97	21,09
davon: Südosteuropa/Westbalkan	18,75	19,92	11,10	13,46	5,19	7,84
Afrika	40,82	43,36	39,99	48,48	30,08	45,41
Asien	10,40	11,05	11,68	14,16	11,13	16,81
Amerika	11,36	12,07	11,00	13,34	7,07	10,68
Ozeanien*	0,55	0,58	0,45	0,55	0,44	0,67
Kontinent/Land zuordenbar	81,93	87,04	74,25	90,01	62,69	94,65
Global übergreifend**	12,20	12,96	8,24	9,99	3,54	5,35
OEZA – ODA gesamt	94,13	100,00	82,49	100,00	66,23	100,00

* Papua Neuguinea

** inkl. Maßnahmen in Österreich

Quelle: ADA-Statistik

Geografische Verteilung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA auf Schwerpunktländer und andere Partnerländer in Schwerpunktregionen

Netto-Auszahlungen 2010, 2011 und 2012 in Mio. Euro und %

OEZA – ODA		2010		2011		2012	
		Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Schwerpunktregion Westafrika gesamt		8,35	8,87	6,79	8,24	5,64	8,52
Schwerpunktland	Burkina Faso	3,36	3,57	4,79	5,80	4,60	6,94
Partnerländer in der Region	Kap Verde	3,25	3,45	0,00	-0,01	0,01	0,02
	Senegal	0,65	0,69	0,77	0,94	0,18	0,28
	andere	0,20	0,21	0,35	0,43	0,35	0,52
Westafrika, regional übergreifend		0,90	0,96	0,88	1,07	0,51	0,77
Schwerpunktregion Südliches Afrika gesamt		8,59	9,13	8,39	10,17	7,43	11,22
Schwerpunktland	Mosambik	6,10	6,48	6,71	8,14	5,64	8,52
Partnerländer in der Region	Republik Südafrika	0,55	0,59	0,36	0,43	0,08	0,13
	Simbabwe	0,33	0,35	0,42	0,51	0,08	0,12
	andere	0,06	0,06	0,06	0,08	0,05	0,08
Südliches Afrika, regional übergreifend		1,55	1,65	0,84	1,02	1,57	2,38
Weitere Schwerpunktländer in Afrika		15,93	16,93	15,77	19,12	12,13	18,31
	Äthiopien	6,22	6,60	6,17	7,48	5,45	8,22
	Uganda	9,72	10,32	9,61	11,64	6,68	10,08
Schwerpunktregion Zentralamerika/Karibik gesamt		10,67	11,33	10,22	12,39	6,73	10,17
Schwerpunktland im Auslaufen	Nicaragua	5,63	5,98	6,23	7,55	3,48	5,25
Partnerländer in der Region	El Salvador	0,25	0,27	0,25	0,30	0,52	0,78
	Guatemala	0,80	0,85	0,78	0,95	0,53	0,80
	andere	0,05	0,06	0,03	0,04	0,03	0,04
Zentralamerika, regional übergreifend		3,81	4,05	2,69	3,26	2,12	3,20
Region der CARICOM-Staaten		0,13	0,13	0,24	0,29	0,06	0,08
Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch gesamt		5,28	5,61	5,02	6,09	3,66	5,52
Schwerpunktland	Bhutan	3,27	3,47	2,71	3,29	2,47	3,73
Partnerländer in der Region	Nepal	1,10	1,17	1,40	1,70	0,51	0,77
	andere	0,44	0,46	0,26	0,31	0,16	0,24
Himalaya-Hindukusch, regional übergreifend		0,47	0,50	0,66	0,80	0,52	0,78

OEZA – ODA		2010		2011		2012	
		Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Schwerpunktregion Südosteuropa/Donauraum gesamt		17,34	18,42	9,69	11,75	7,12	10,75
Schwerpunktland	Kosovo	1,31	1,40	2,55	3,09	2,23	3,37
Schwerpunktländer im Auslaufen	Albanien	2,27	2,41	0,62	0,75	0,65	0,98
	Bosnien und Herzegowina	3,86	4,10	1,96	2,37	0,99	1,49
	Mazedonien	0,24	0,26	-0,12	-0,14	0,05	0,08
	Montenegro	1,28	1,36	0,42	0,51	0,20	0,31
	Serbien	3,58	3,80	0,77	0,93	0,98	1,47
Südosteuropa/Donauraum, regional übergreifend		4,80	5,10	3,50	4,24	2,01	3,04
Schwerpunktregion Schwarzmeerregion/Südkaucasus gesamt		1,97	2,09	3,74	4,53	4,48	6,77
Schwerpunktländer	Moldau	1,41	1,50	1,41	1,71	1,19	1,79
	Georgien*	0,10	0,11	0,65	0,78	1,61	2,43
	Armenien*	-	-	0,36	0,44	0,84	1,27
Partnerländer in der Region Schwarzmeerregion/Südkaucasus, regional übergreifend	Aserbaidschan	0,06	0,06	0,05	0,06	0,16	0,24
		0,40	0,42	1,28	1,55	0,69	1,04
Weiterer Schwerpunkt	Palästinensische Gebiete	3,55	3,77	3,74	4,54	3,49	5,26
Schwerpunktregionen gesamt		52,20	55,45	43,86	53,17	35,07	52,96
Schwerpunktländer gesamt		48,33	51,35	48,56	58,87	40,54	61,22
Schwerpunkte gesamt		71,68	76,15	63,37	76,83	50,68	76,53
OEZA/ADA außerhalb der Schwerpunktsetzung		22,45	23,85	19,12	23,17	15,55	23,47
OEZA/ADA gesamt		94,13	100,00	82,49	100,00	66,23	100,00

* Schwerpunktländer seit 2011

Anmerkung: Die Struktur dieser Auswertung wurde an die aktuelle Schwerpunktsetzung der OEZA angepasst. Im Sinne einer besseren Vergleichbarkeit wurden auch die Vorjahre dahingehend revidiert, wodurch sich Unterschiede zu früheren Publikationen ergeben.

Quelle: ADA-Statistik

Verteilung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA nach Sektoren

Netto-Auszahlungen 2010, 2011 und 2012 in Mio. Euro und %

DAC Code Bezeichnung	2010		2011		2012	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
110 Bildung	9,59	10,18	6,95	8,42	6,50	9,81
120 Gesundheit	2,88	3,06	5,20	6,31	3,64	5,50
130 Bevölkerungspolitik/-programme und reproduktive Gesundheit	0,84	0,89	0,39	0,47	0,21	0,32
140 Wasserversorgung & sanitäre Einrichtungen	9,64	10,24	11,51	13,95	7,49	11,31
150 Regierung & Zivilgesellschaft, Konfliktprävention und -lösung, Frieden und Sicherheit	17,20	18,27	15,43	18,71	13,17	19,88
160 Andere soziale Infrastruktur & Leistungen	5,48	5,82	5,01	6,07	5,02	7,58
100 Soziale Infrastruktur und Leistungen	45,61	48,46	44,48	53,93	36,03	54,41
210 Transport und Lagerhaltung	-	-	-0,15	-0,18	-	-
220 Kommunikation	-0,02	-0,02	0,09	0,11	-	-
230 Energieerzeugung und -verteilung	5,06	5,38	4,49	5,45	3,24	4,89
240 Banken und Finanzwesen	0,13	0,14	0,03	0,04	1,20	1,81
250 Geschäftswesen und andere Leistungen	3,60	3,83	1,87	2,27	-0,92	-1,39
200 Wirtschaftliche Infrastruktur und Leistungen	8,78	9,33	6,35	7,70	3,52	5,31
310 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	4,35	4,62	5,89	7,14	5,29	7,99
320 Industrie & Gewerbe, Bergbau & Bauwesen	2,93	3,12	2,07	2,51	1,70	2,56
330 Handel und Tourismus	3,07	3,26	1,39	1,69	0,99	1,49
300 Produzierende Sektoren	10,35	11,00	9,35	11,34	7,97	12,04
410 Umweltschutz allgemein	3,91	4,15	2,35	2,85	1,57	2,37
430 Andere multisektorielle Maßnahmen	10,93	11,62	9,62	11,66	7,02	10,59
400 Multisektorielle Maßnahmen	14,84	15,77	11,97	14,51	8,58	12,96
500 Waren- und allgemeine Programmhilfe	3,20	3,40	3,20	3,88	2,50	3,77
600 Entschuldungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-
700 Humanitäre Hilfe	1,12	1,19	0,84	1,02	1,86	2,81
910 Verwaltungskosten des Gebers	0,65	0,69	0,65	0,79	0,49	0,74
998 Nicht zuordenbar	9,57	10,17	5,64	6,83	5,27	7,96
900 Sonstige und nicht zuordenbare Leistungen	10,22	10,86	6,29	7,62	5,76	8,70
OEZA – ODA gesamt	94,13	100,00	82,49	100,00	66,23	100,00

Quelle: ADA-Statistik

Durchführungsstruktur der bilateralen OEZA-Mittel der ADA

Netto-Auszahlungen 2010, 2011 und 2012 in Mio. Euro und %

	2010		2011		2012	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
1. Österreichische NRO, die vorwiegend Auslandsprojekte abwickeln	20,36	21,63	19,18	23,25	14,90	22,50
2. Österreichische NRO, die vorwiegend Projekte in Österreich abwickeln	5,96	6,33	5,51	6,68	5,07	7,66
3. Österreichische NRO, die vorwiegend Studienförderungsprogramme abwickeln	1,08	1,15	0,90	1,09	0,91	1,38
Österreichische NRO gesamt (1–3)	27,40	29,11	25,59	31,03	20,89	31,54
4. Firmen in Österreich	4,11	4,36	4,74	5,74	1,89	2,85
5. Einzelpersonen (Konsulenten)	0,05	0,05	–	–	–	–
6. Öffentliche Stellen, Universitäten & Sonstige in Österreich	5,29	5,62	5,02	6,08	5,10	7,70
Firmen & Sonstige in Österreich gesamt (4–6)	9,44	10,03	9,75	11,82	6,99	10,55
Österreichische Institutionen gesamt (1–6)	36,84	39,14	35,34	42,85	27,88	42,09
7. Öffentliche Stellen/Ministerien des Empfängerlandes	28,77	30,56	24,89	30,18	16,00	24,16
8. NRO und sonstige Institutionen des Empfängerlandes	5,27	5,60	3,28	3,98	3,00	4,53
Institutionen des Empfängerlandes gesamt (7–8)	34,04	36,16	28,17	34,15	19,00	28,68
9. Internationale Organisationen & PPPs*	14,50	15,41	12,98	15,74	14,26	21,54
10. Internationale NRO	1,61	1,71	0,02	0,03	0,44	0,67
11. Sonstige	7,13	7,57	5,97	7,23	4,65	7,02
Internationale und andere Träger gesamt (9–11)	23,24	24,70	18,97	23,00	19,35	29,22
OEZA – ODA gesamt	94,13	100,00	82,49	100,00	66,23	100,00

* Public Private Partnerships (PPPs) bezeichnen im OECD/DAC-Sinn Organisationen auf internationaler Ebene, in deren Entscheidungsgremien sowohl RepräsentantInnen von Staaten als auch der Zivilgesellschaft vertreten sind.

Quelle: ADA-Statistik



Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
ADB	African Development Bank
APPEAR	Austrian Partnership Programme in Higher Education & Research for Development
AU	Afrikanische Union
BiH	Bosnien und Herzegowina
CAADP	Comprehensive African Agriculture Development Programme
CARICOM	Caribbean Community
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Schweiz
EFSE	European Fund for Southeast Europe
EK	Europäische Kommission
ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
GENE	Global Education Network Europe
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationalen Zusammenarbeit
ICEP	Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten
ICM	Indirect Centralised Management
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
ODA	Official Development Assistance/Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development/ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD/DAC	Development Assistance Committee/Entwicklungshilfausschuss der OECD
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
PEDSA	Nationale Strategie für die Entwicklung des Landwirtschaftssektors
PIDG	Private Infrastructure Development Group
PPP	Public-Private Partnership
RDA	Regionalentwicklungsagentur
REC	Regionales Umweltzentrum für Zentral- und Osteuropa
REPARIS	The Road to Europe: Program of Accounting Reform and Institutional Strengthening
StAR	Stolen Asset Recovery Initiative
UN	Vereinte Nationen
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
USA	United States of America
WKO	Wirtschaftskammer Österreich